



Die herrschenden Verhältnisse in der Welt

- Analyse und Alternative -



2. Auflage

Inhalt

VORWORT.....	3
1. Ein Blick auf das global agierende Kapital am Beispiel von TTIP.....	4
2. Die Folgen des zügellosen Agierens.....	8
Beispiel Landwirtschaft.....	9
Geflügelexport.....	9
Saatgut und Patentierung.....	10
Hintergrund zur Gentechnik-Patentierung.....	11
Ökologische Zerstörungen durch Anbau von Gentechnik-Pflanzen.....	11
Folgen für unterentwickelte Länder.....	12
3. Das kapitalistische System – Nährboden für Kolonialismus und Imperialismus...13	13
Kolonialismus.....	13
Zionismus, eine Sonderform des Kolonialismus.....	14
Imperialismus.....	16
Die besondere Bedeutung der Rohstoffe.....	17
Krieg als Mittel der Politik: Der deutsche Imperialismus rüstet auf.....	18
Imperialistische Interventionen der letzten Jahre. Einige Beispiele.....	19
Mali.....	19
Afghanistan:.....	19
Irak.....	20
Sudan.....	20
Ökonomische Interventionen.....	20
Deutschland und die NATO.....	21
Deutschland als Militärmacht.....	22
Die EU militarisiert sich	23
Rüstung weltweit.....	24
Arten der Kriegsführung und der Kriegseinwirkung.....	24
4. Der erste Weltkrieg „fiel nicht vom Himmel“	27
Der soziale Wandel, die Sozialdemokratie und der I. Weltkrieg.....	27
Der soziale Wandel in Deutschland.....	28
Die Rolle der Sozialdemokratie.....	30
5. Der Rätegedanke.....	34
Der demokratieunfähige Parlamentarismus heute.....	35
Die politische Alternative.....	36
Rojava – Ein Modell.....	39
Literatur.....	42
Bildquellen.....	42
Selbstverständniserklärung.....	43

VORWORT

Die Spuren der „Globalisierung“, wie heute die weltweiten Vorstöße und Feldzüge des kapitalistischen Systems verschlüsselt und verniedlichend genannt werden, sind unübersehbar. Die ökologischen Schäden, die Zerstörung der Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen sowie militärische Konflikte und Kriege sind untrennbar verbunden mit den „herrschenden Verhältnissen in der Welt“ von heute. Die vorliegende Broschüre thematisiert diese Problematik in fünf Teilabschnitten wie folgt:

- Im ersten Abschnitt wird am Beispiel von „TTIP“ das schrankenlose und unkontrollierbare Agieren der Waren- u. der Kapitalströme und deren Folgen (z. B. Flucht) veranschaulicht.
- Die Liberalisierung der Märkte (Beispiel Geflügelexport) und immer größere Privatisierung der öffentlichen und natürlichen Ressourcen (Beispiele Saatgutpatentierungen und Genmanipulationen) sind Themen des zweiten Abschnitts...
- Sein innerer Drang nach mehr Profit, Absatzmärkten und Einflussgebieten macht den Kapitalismus zum Nährboden erst des Kolonialismus und später des Imperialismus; der dritte Abschnitt widmet sich diesen kapitalistischen Entwicklungen.
- Im vierten Abschnitt wird mithilfe eines historischen Beispiels aus der deutschen Geschichte aufgezeigt:
 - a) welche inneren und äußeren Veränderungen durchläuft ein Staat, damit er die imperialistische Phase erreicht und
 - b) wie eine Partei, die ursprünglich als Vertreterin der Werktätigen antritt, zur Befürworterin des imperialistischen Krieges wird und diesen Weg konsequent bis zum bitteren Ende fortsetzt.
- Der fünfte Abschnitt setzt sich mit der „Parlamentsarbeit“ von damals und heute auseinander. Mit einem Blick auf die Frage der Alternative und der Hoffnung schließt die Broschüre.

Es ist Absicht der Autoren, über die Beschreibungen hinaus eine daraus entwickelte Alternative aufzuzeigen bzw. an sie zu erinnern. Nur mit einer solchen Orientierung kann emanzipatorische Politik erfolgreich betrieben werden.

Letztlich gilt der Satz von Rosa Luxemburg auch noch heute: 'Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!'

„Hunger, Seuchen, Durst [...] und armutsbedingte Lokalkonflikte zerstören jedes Jahr fast genauso viele Männer, Frauen und Kinder wie der Zweite Weltkrieg in sechs Jahren. Für die Menschen der Dritten Welt ist der Dritte Weltkrieg unzweifelhaft im Gang“. „Heute stirbt [...] alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren an Hunger oder an mit Unterernährung verknüpften Krankheiten. Im Jahre 2005 hat der Hunger mehr Menschen getötet als alle in diesem Jahr geführten Kriege zusammen.“ (Jean Ziegler)

1. Ein Blick auf das global agierende Kapital am Beispiel von TTIP

Beim Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP, Transatlantic Treaty- and Investment-Partnership) geht es angeblich nur um die Senkung von Zöllen und die Abschaffung unnötiger Handelshemmnisse, was angeblich zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt. In Wirklichkeit geht es um die Durchsetzung von Kapitalinteressen, sowohl der us-amerikanischen wie der europäischen Seite gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Es drohen weitere Einbrüche beim Umwelt- und Verbraucherschutz wie auch bei den Rechten der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften:

- Grundsätzlich: TTIP wird ein völkerrechtlicher Vertrag, der vor EU- und nationalem Recht steht. Alle künftigen Gesetze, Verordnungen und Reformen müssen TTIP-kompatibel sein. Gesetze und Zulassungsverfahren (z. B. für Chemikalien) sollen angeglichen oder gegenseitig anerkannt werden. TTIP-Schiedsgerichte haben Eingriffsrechte.
- Errungenschaften und Schutzregelungen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Umweltschutz, Arbeitnehmerrechte werden abgebaut, weil Angleichung hier immer die Einigung auf den niedrigsten Standard bedeutet. Grund: Jede Vorschrift zum Schutz der Konsumenten oder der Umwelt wird zum Handelshemmnis erklärt und bedeutet für die Industrie Kosten, die gesenkt werden müssten.
- Die künftige Innenpolitik, Verwaltung und Gesetzgebung sollen bis hinunter zu den Kommunen an die TTIP-Regelungen angepasst werden. Dies betrifft Gesetze und Regelungen für die Kennzeichnung von Lebensmitteln, die Grenzwerte für chemische und toxische Belastung, das Gesundheitswesen, die Arzneimittelpreise, die Energieversorgung, kulturelle Dienstleistungen, Patente und Urheberrechte, die öffentliche Auftragsvergabe, usw.
- Viele Dienstleistungen sollen liberalisiert, d. h. bisherige staatliche Leistungen privatisiert werden. In der Diskussion stand im Dezember 2014 eine Negativliste von wenigen Ausnahmen, wie Gesundheitswesen und Wasserversorgung.

- Lebensmittel: Unerwünschte Herstellungsverfahren und Belastungen dienen den Großunternehmen und gefährden die Gesundheit der Verbraucher. Dazu gehören z. B. in der EU verbotene Wachstumshormone in Milch und Fleisch, Gentechnisch hergestellte Nahrungsmittel, Fleisch von geklonten Tieren, mit Chlor desinfiziertes Geflügel, mit Milchsäure gereinigtes und desinfiziertes Fleisch. Entsprechende EU-Vorschriften zur Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln, von Futtermitteln und Wachstumshormonen, zum Einsatz von Pestiziden könnten von den USA als „handelshemmend“ interpretiert werden, die abzulehnen seien. Artgerechte Tierhaltung wird in den USA ebenfalls abgelehnt. Massentierhaltung mit Antibiotikaeinsatz droht.
- Chemikalien: die US-Chemieindustrie lehnt die EU-Chemikalienverordnung REACH aus Gründen des „Investitionsschutzes“ ab, insbesondere die Auskunftsspflicht der Hersteller über gefährliche Stoffe. Grenzwerte sollen angeglichen, d. h. nach minimalem gemeinsamem Standard abgesenkt werden.
- Kosmetika: Die EU-Gesetze und Verordnungen zu Kosmetikavorschriften werden von der US-Industrie abgelehnt.
- Profite der Konzerne werden erweitert. Privilegien von Konzernen und Investoren werden abgesichert und ausgeweitet.
- Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben wie Wasserversorgung, Gesundheit, Bildung wird gefördert.
- Umstrittene Technologien wie Fracking werden international durchgesetzt.
- Patent- und Urheberrechte erschweren den Zugang zu Kultur, Bildung und Wissenschaft. Forschung wird behindert.
- Umfassende Überwachung durch schrankenloses Wirken etwa der Suchdienste.
- Klagerecht für Unternehmen gegen Staaten auf Entschädigung vor geheim tagenden privaten Schiedsgerichten, wenn aufgrund von Gesetzen und Verordnungen Profite entgehen und Investitionsschutz durch Gesetze und Regelungen gefährdet ist. Damit hebeln diese Schiedsgerichte das normale Rechtssystem und nationales Recht aus (so etwa Gesetze zum Umwelt- und Gesundheitsschutz). Ein zweites Rechtssystem, eine Paralleljustiz entsteht, deren Urteile aber rechtlich bindend sind. So sollen entschädigungslose Enteignungen, „die nicht dem Gemeinwohl dienen“, unmöglich werden. Kapitaltransfer soll geschützt werden. Die Rechte von Unternehmen werden damit höher eingeschätzt als die Souveränität von Staaten. Erwartet wird eine Welle von Investorenklagen gegen Staaten, und eine Finanzierung von hohen Entschädigungen



aus Steuergeldern. Viele spezialisierte Anwaltskanzleien versuchen im Auftrag der Industrie, gegen geschäftsschädigende Vorschriften von Staaten zu klagen, um damit Zugriff auf Steuergelder zu bekommen. Der Staat und die Länder müssen für den Fall einer Verurteilung zum Schadensersatz Rücklagen bilden, die dem Gemeinwohl fehlen.

- Dienstleistungssektor: ärztliche Leistungen und das Gesundheitswesen, Bildungswesen, Energieversorgung, Transportwesen (Bahn, ÖPNV), Wasserversorgung, regionale Flächennutzungspläne, Raumplanung, Naturschutzgesetze, könnten nicht mehr regional bzw. von einzelnen Staaten geregelt werden. Die entsprechende Gesetzgebung würde abgeschafft, die Bereiche würden vollständig dereguliert. Alle wichtigen Instrumente für den Schutz der öffentlichen Interessen würden beseitigt.
- Die staatliche Justiz wird ausgeschlossen. Der Investorenschutz erlangt Vorrang vor dem Schutz von Gesundheit der Verbraucher und der Umwelt.
- Rechte der Lohnabhängigen: Das Streikrecht und das Recht auf Wahl von Betriebsräten stehen zur Diskussion. Die USA lehnen 6 der 8 Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ab, darunter die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Kollektiv-Verhandlungen. Arbeitsschutz-Standards sollen liberalisiert werden, mehr Wettbewerb wird die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Gesetze wie die zum Mindestlohn werden juristisches Risiko.
- Das Urheberrecht und die EU-Datenschutzgesetze stehen zur Diskussion. Handel mit Kundendaten droht. Persönliche Daten und Privatheit werden zum Handelsgut.
- Die großen Unternehmerverbände, darunter die US-Handelskammer und Business-Europe, fordern eine Zusammenarbeit der Großindustrie und der Regierungen bei der Entwicklung eines neuen „Regelwerks für zentrale Zukunftsentscheidungen“. Dazu soll u.a. eine gemeinsame „transatlantische Superbehörde“ (Regulatory Cooperation Council, RCC) geschaffen werden, die die Arbeit und Kooperation der Regulierungsbehörden auf beiden Seiten planen und überwachen soll. Die Behörde würde in nationale Entscheidungen eingreifen und im Vorfeld auf Gesetzesvorhaben Einfluss nehmen.
- Die europäischen Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte wie Betriebsräte, Gewerkschaftsrechte usw. sind gefährdet.

Negative Auswirkungen des freien Handels zeigen sich auch an früheren Freihandelsabkommen. Das vor zwanzig Jahren abgeschlossene Freihandelsabkommen NAFTA zwischen USA, Mexiko und Kanada lehrt, was geschieht, wenn Zoll- und Handelsschranken zwischen ungleichen Partnern fallen. Kleinbauern verlieren wegen der Konkurrenz subventionierter Exporte aus Ländern mit großen Agrarkonzernen ihr Einkommen, Massen von Arbeitslosen drängten als Tagelöhner in die Metropolen und in den Norden, dort gab es Lohnsenkungen. Auch Millionen Industrie-Arbeitsplätze gingen verloren. Gewinne haben nur die großen Konzerne.¹

Über die Bedingungen des freien Handels bestimmen die herrschenden Mächte: So hat bei-

1 Spiegel 4, 2014, 60-62; Spiegel 8, 2014, 65

spielsweise das »Wirtschaftspartnerschaftsabkommen« der EU mit den Ländern Westafrikas eine lange Vorgeschichte.

„1975 hatten 77 Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) die Lomé-Vereinbarung getroffen, die ihnen für bestimmte Waren (z. B. Bananen) einen begünstigten Zugang zum EG-Markt ermöglichte, vor allem aber die Entwicklungshilfe regelte. 1989 entschied jedoch die Welthandelsorganisation, dass das Lomé-Abkommen gegen ihre Regularien für Freihandel verstoße. Daraufhin wurden immer mehr Handelsbeschränkungen aufgehoben. 2000 wurde in der beninischen Metropole Cotonou vereinbart, in Verhandlungen über ein EPA einzutreten. [...]“²

Auf der Suche nach Anlagefeldern für das Kapital

Das angehäuften Kapital der Weltkonzerne sucht ständig neue Anlagemöglichkeiten. So kaufen z. B. Agrarkonzerne vor allem in den unterentwickelten Ländern riesige Flächen auf, um dort industrialisierte Landwirtschaft mit Gentechnik-Pflanzen und intensivem Pestizid- und Düngereinsatz zu betreiben. Davon profitiert auch die Chemieindustrie. Die einzelnen Staaten stellen den Polizei- und Militärapparat zur Verfügung, wenn die Bevölkerung sich gegen die Vertreibung vom privatisierten Land wehrt.³

Flucht und Vertreibung

Derzeit befinden sich weltweit fast 51,2 Millionen Menschen auf der Flucht. 16,7 Millionen von ihnen gelten nach völkerrechtlicher Definition als Flüchtlinge. Neun von zehn Flüchtlingen (86 Prozent) leben in Entwicklungsländern, da die meisten Flüchtlinge lediglich in ein angrenzendes Nachbarland fliehen.

Den weit größeren Teil – 33,3 Millionen – bilden jedoch sogenannte Binnenvertriebene .. Sie fliehen innerhalb ihres eigenen Landes, ohne dabei internationale Landesgrenzen zu überschreiten. Binnenvertriebene befinden sie sich in sehr ähnlichen Situationen wie Flüchtlinge und haben einen ähnlichen Hilfsbedarf.

Insgesamt kümmert sich die UNO- Flüchtlingshilfe (UNHCR) um 35,6 Millionen Menschen. Dazu zählen Flüchtlinge, Binnenflüchtlinge, Asylbewerber, Rückkehrer und Staatenlose.

Gewaltsame Vertreibungen werden aus verschiedenen Gründen und von diversen Akteuren durchgeführt. Der wichtigste Grund für interne Vertreibung sind bewaffnete Konflikte, bei denen die Zivilbevölkerung zwischen die Fronten der sich bekämpfenden Parteien gerät. Zum Teil wird Vertreibung auch gezielt als Mittel eingesetzt, um Angehörige bestimmter ethnischer oder religiöser Gruppen oder tatsächliche oder angebliche politische Gegner aus einem Gebiet zu entfernen, wie es etwa in Myanmar/Burma, Kenia nach den Wahlen 2007 und Irak geschah. Insbesondere in Kolumbien wurden Menschen durch paramilitärische Gruppen vertrieben, um ihr Land zu rauben und es für den Anbau von Drogen zu nutzen oder Großinvestoren der Agrarindustrie zugänglich zu machen.

2 Jörg Tiedjen in Junge Welt 31. 12.2014

3 (Alexis Passadakis, Vortrag „Kommerzialisierung und Privatisierung der Natur, Attac, Wiesbaden, 11.6.14; u. eigene Ergänzungen).

2. Die Folgen des zügellosen Agierens

Die Herrschaft des Kapitals stützt sich – national wie international – erst in zweiter Linie auf außerökonomische Mittel wie politischen Druck (etwa die Drohung mit Sanktionen) und militärische Intervention. Entscheidend für die Funktionsfähigkeit des herrschenden Systems sind – neben den ideologischen Faktoren (via Beherrschung der Medien usw.) – die strukturellen Abhängigkeiten. Wer kein Produktivvermögen besitzt, ist in aller Regel auf den Verkauf seiner/ihrer Ware Arbeitskraft angewiesen und kann sich den Zwängen des Marktes (also der Warenwirtschaft) nicht entziehen.

International wirken zusätzliche Faktoren: Seit der Herstellung eines Weltmarktes – im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts – hat sich eine strukturelle Abhängigkeit vieler Länder, ja ganzer Weltregionen entwickelt. Sie basiert auf folgenden Mechanismen:

- der „Artillerie der billigen Waren“, d. h. dem Überschwemmen der Märkte mit Waren aus industrieller Massenfertigung. Dies macht es den einheimischen Produzenten, die auf niedrigerer technologischer Stufe produzieren, unmöglich, ihre Produkte auf dem Markt abzusetzen;
- dem ungleichen Tausch, d. h. den ungünstigen „terms of trade“ (Tauschbedingungen im internationalen Handel) für Rohstoffe oder Vorprodukte im Austausch gegen industrielle Waren für viele Länder der sog. „Dritten Welt“; diese sind vor allem deswegen benachteiligt, weil die Weltmarktpreise von Konzernen beherrscht werden, die die einen Rohstoffproduzenten gegen die anderen ausspielen können;
- der Nutzung solcher Institutionen wie Internationalen Währungsfonds (IWF), Weltbank (WB), Welthandelsorganisation (WTO) usw.
- gegebenenfalls militärischer Interventionen zur Durchsetzung imperialer Interessen und zur Abschreckung anderer Staaten, einen emanzipatorischen Weg einzuschlagen oder die sich aus anderen Gründen nicht den Interessen imperialistischer Mächte unterordnen wollen. Ein Beispiel: Indonesien will seit 11.1.2014 nur noch verarbeitete Rohstoffe exportieren lassen. Das wird nicht sofort einen Militäreinsatz imperialistischer Länder nach sich ziehen, aber es wird „Probleme“ bei der WTO geben.

Im Besonderen der IWF sorgt für Knebelungsverträge gegenüber vielen Ländern der „Dritten Welt“, inzwischen aber auch gegenüber Ländern wie Griechenland (als Teil der Troika, also der „Institutionen“ EU, EZB und IWF) oder – wie geplant – gegenüber der Ukraine. Zwar gehören dem IWF 188 Länder an, aber die USA halten mit ihren 16,75% Anteilen als einziges Land eine Sperrminorität, um unliebsame Entscheidungen zu verhindern. Wer auf den internationalen Märkten einen Kredit aufnehmen will, braucht einen „Clean Bill of Health“, und den stellt der IWF nur solchen Ländern aus, die sich gegenüber den USA kooperativ verhalten. China – die mit Abstand zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt – hält nur 3,81 Prozent der IWF-Stimmanteile (zum Vergleich: Japan (6,23 %), Deutschland (5,81), Frankreich (4,29), Großbritannien (4,29)).

Die berichtigten Strukturanpassungsprogramme, die der IWF von abhängig gehaltenen Ländern einfordert, zielen meist auf die Abschaffung von Schutzzöllen, die hemmungslose Privatisierung von Staatsbetrieben oder Einrichtungen der Öffentlichen Daseinsvorsorge (vom Gesundheitssystem über den Transportsektor bis zu den Sozialversicherungen) und den Abbau von Schutzrechten für abhängig Beschäftigte. All dies eröffnet den internationalen Konzernen neue, profitable Investitionsmöglichkeiten und Anlagefelder.

Herrschaft wofür?

Oberstes Ziel des Kapitals ist es, für die in der Produktion hergestellten Waren ausreichenden Absatz zu finden. International ist deswegen der Zugang zu fremden Märkten ein ganz wesentliches Motiv für die Herstellung und Aufrechterhaltung von Abhängigkeitsverhältnissen. Denn ohne den Verkauf der produzierten Waren gibt es keine Profite, weder in der Industrie, noch im Handel, noch im Finanzsektor, dessen Gewinne nur möglich sind, wenn woanders Mehrwert erzeugt und über das Kreditwesen umverteilt wird.

Die zweite wesentliche Ebene bilden die Auslandsdirektinvestitionen (ADI)⁴, mit denen in Ländern mit niedrigem Lohnniveau die Produktionskosten gesenkt werden können. In der Regel sind in diesen Ländern auch das Arbeits- und Sozialrecht sowie die Bestimmungen zum Schutz der Umwelt bedeutend schlechter als in den Metropolen. Global vernetzte Produktions-, Transport- und Vertriebsstrukturen der großen Konzerne sorgen dafür, dass deren Produkte in vielen Teilen der Welt für sie günstige Konkurrenzbedingungen vorfinden.

Die ADI sind ein entscheidender Grundstein für den rapide wachsenden internationalen Handel, denn ein großer Teil ist „Intra-Unternehmenshandel („intrafirm“)⁵, wird also nur innerhalb eines Konzerns von einer Produktionsstätte zur nächsten Verarbeitungsstufe in einem anderen Land weitergeleitet.

Beispiel Landwirtschaft

Seit der Finanzkrise von 2008/2009 suchen kapitalistische Investoren zunehmend Anlagemöglichkeiten in der Landwirtschaft. Finanzkonzerne kaufen immer mehr Land auf und investieren auch zunehmend in die Massentierhaltung.

Die Massenproduktion von landwirtschaftlichen Produkten sucht weltweit Absatzmärkte mit teilweise verheerenden Folgen für die Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung in den unterentwickelten Ländern.

Geflügelexport

Die massenhafte Geflügelproduktion in Europa führt zu einem Exportdruck in die unterentwickelte Länder. So wird gefrorenes Hühnerfleisch in meist schlechter Qualität, die in Europa keinen Markt findet, u.a. nach Afrika exportiert. Häufig verdirbt das Fleisch auf dem Transport nach Afrika oder auch vor Ort, weil die Kühlung nicht gewährleistet ist.

In Afrika liegt ein Hauptgrund für Hunger und Armut darin, dass die kommerzielle Erzeugung eigener Lebensmittel sich im Vergleich zu den technisch hoch organisierten Produktionsmethoden der Industrieländer nicht lohnt. Dies drückt sich in den dramatischen Preisunterschieden aus.

„Die westeuropäischen Länder haben nach dem Zweiten Weltkrieg alles daran gesetzt, von Agrareinfuhren unabhängig zu werden. Dafür schützten sie ihre Wirtschaft – was sie unterentwickelten Ländern verwehren. Entstanden ist eine hoch subventionierte, industrialisierte Landwirtschaft, die seit den 90er Jahren im Zuge der »Gemeinsamen Agrarpolitik« der EU auf Export setzt, und zwar bewusst in Länder der »Dritten Welt«. Auf aggressive Weise werden diese seitdem als Absatzmärkte gerade auch für Dumpingprodukte genutzt. [...] Von Globalisierungsgegnern in Europa wurde diese

4 Gemeint sind die Investitionen eines Konzerns im Ausland

5 „Handelsströme, die zwischen den verschiedenen, weltweit verteilten Standorten bzw. Wertschöpfungseinheiten [multinationaler Unternehmen](#) stattfinden. Auf den Intra-Unternehmenshandel entfällt schätzungsweise ein Drittel des Welthandels. (Gabler Wirtschaftslexikon).“

Entwicklung bisher kaum kritisiert. Man kann aber nicht ruhigen Gewissens gegen die nordatlantischen Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA und CETA zwischen der EU und Kanada sein, aber entsprechende Vereinbarungen mit Afrika stillschweigend hinnehmen. Länder der »Dritten Welt« müssten ihre Märkte schützen können und dürften nicht darauf festgelegt werden, hauptsächlich Erzeugnisse wie Kakao oder Baumwolle zumeist unter Preis zu verkaufen, während Reichtümer wie Diamanten mitunter schlicht geraubt werden.“⁶

Wenn ein Land wie Ghana 2003 sich entscheidet, durch Gesetz die Einfuhrzölle auf Geflügel zu erhöhen, dann droht der Internationale Währungsfonds (IWF) dem verschuldeten Entwicklungsland, keine neuen Kredite mehr zu gewähren, wenn es weiter auf Schutzzöllen beharrt. Damit versetzte der IWF der Geflügelindustrie Ghanas den Todesstoß, und europäisches Billig-Geflügel überschwemmt weiter den Markt.

Zudem stellen die strengen Handelsbarrieren der EU (etwa hohe Strafzölle) hohe Hürden für afrikanische Produkte auf europäischen Märkten dar.

Saatgut und Patentierung

Ein anderer landwirtschaftlicher Bereich, mit Einfluss großer Konzerne ist die Kontrolle über das Saatgut durch wenige Konzerne. Um die zu erreichen, entwickeln tematische Inzucht oder Hochleistungssorten, die je sind, was ihre Anweltbedingungen angeht. Die Bauern der unterentwird durch aggressive Ver-Saatgutes durch die Agrar-„Abonnement“ für viel bridsaatgut von den Konversprochenen hohen Erträweltbedingungen (Trocken usw.) oft nicht erreicht werFinanz- und Existenznot. tausendfachem Selbstmord durch diese Praktiken der und keine Perspektiven Durch die Gesetzgebung in dern haben die großen Agrarkonzerne Patentrechte auf das Saatgut von Kulturpflanzen erworben. Gentechnisch veränderte Kulturpflanzenarten werden zu „Erfindungen“ deklariert und daher mit Patenten belegt.

Die Konzerne verlangen für die Verwendung des Gentechnik-Saatgutes von den Bauern zusätzlich zum Kaufpreis Patentgebühren, wenn sie das Saatgut auch in folgenden Generationen verwenden wollen.



ist die Kontrolle über das Agrarchemie- und Saatgut-Kontrolle über das Saatgut diese Konzerne durch systegentechnische Verfahren doch genetisch verarmt passungsfähigkeit an Um-

ckelten Länder werden marktung dieses Hybridkonzerne gezwungen, im Geld jährlich neues Hyzernen zu kaufen. Da die ge durch widrige Umheit, Überschwemmungen, den können, geraten sie in Bekannt ist der Fall von indischer Kleinbauern, die Konzerne ruiniert wurden mehr sahen.

den kapitalistischen Län-

6 Jörg Tiedjen in Junge Welt 31. 12.2014

Hintergrund zur Gentechnik-Patentierung

Seitdem die Erbsubstanz DNA mit modernen biochemischen Analyseverfahren immer schneller entschlüsselt werden kann, boomen die Genomprojekte, die versuchen, die DNA möglichst vieler Lebewesen zu entschlüsseln und die so bekannt gewordenen Gene zu vermarkten.

Bei den Genomprojekten gemachte Genfunde werden zu „Entdeckungen“ umdeklariert und damit patentierbar. So erteilte das EPA am 15.6.04 dem Bayer-Konzern das Patent auf gentechnisch gegen das Herbizid BASTA resistent gemachte Kulturpflanzen wie Mais, Bohnen, Reis und Tomaten, wobei „alle Pflanzenzellen, -Teile, Pflanzen und Samen“ in das Patent eingeschlossen sind. Indem die Bayer-Patentanwälte in der Patentschrift das Wort „Pflanzensorten“ vermieden, erreichten sie, dass die gesamte Pflanzenart einschließlich des Saatgutes (Samen) patentgeschützt wurde. Mit weitreichenden Folgen: Bauern geraten weltweit in die direkte Abhängigkeit von den Konzernen als Saatgut-Hersteller. Die Patente gefährden daher die Welternährung, so Greenpeace in einer Stellungnahme. So darf Bayer von den Landwirten, die den Bayer-Kombipack Basta und "basta"resistentes Saatgut verwendet haben, Lizenz-Gebühren einfordern. Folgen für die Umwelt: Die Bauern zeigen einen sorgloseren Umgang mit dem Herbizid Basta nach dem Motto: Viel hilft viel.

Zudem versuchen die Saatgutkonzerne, auch Patente auf konventionelle Züchtungen zu erwerben. Das Europäische Patentamt (EPA) in München erweist sich hier als williger Helfer der Konzerne. 2010 entschied es, dass auch konventionell gezüchtete Pflanzen wie auch ihr Saatgut und ihre Ernteprodukte patentiert werden dürfen. Durch Gesetze in den einzelnen Ländern sind die Bauern verpflichtet, dem Züchter der patentierten Sorten – das ist meist ein Saatgut-Konzern – Gebühren zu zahlen.

Die Patente umfassen nicht nur das Verfahren der Züchtung oder gentechnischen Veränderung der Kulturpflanzen, sondern die jeweils neu gezüchtete ganze Pflanze und deren Samen. Es handelt sich um Patente auf Leben. Dies ist schon vom Prinzip her umstritten, weil lebende Organismen keine „Erfindungen“ sind, wie dies für Patente Voraussetzung ist. Egal, ob menschliche, tierische oder pflanzliche Gene analysiert werden – sie sollen laut EU-Patentrichtlinie alle als „schöpferische“ Entdeckungen patentiert werden. Dies gilt egal, ob die Gene in der Evolution entstanden oder vom „Lieben Gott“ geschaffen wurden, die Patentierungen machen sie zum Eigentum der Konzerne. Gene, die aus jahrhundertlang kultivierten Nutzpflanzen, aus Mäusen oder Insekten des Regenwaldes stammen, sowie auch die Organismen, die dadurch gentechnisch verändert wurden, werden dem Patentrecht und somit kommerziellen Interessen unterworfen.

Einen besonders extremen Fall von Gen-Kolonialismus kann man als Folge des Krieges im Irak feststellen: Der damalige US-Gouverneur im Irak, Paul Bremer hatte im November 2004 die „Order 81“ erlassen, nach der irakische Bauern gezwungen werden, nur noch gentechnisch verändertes, patentiertes und industriell hergestelltes Saatgut von westlichen Konzernen zu verwenden. Damit wurden die Bauern am Anbau ihrer einheimischen alten Sorten gehindert. Die gesamte Struktur der Landwirtschaft soll dadurch auf die Bedürfnisse der Saatgutkonzerne umgewandelt werden, mit den verheerenden Folgen der Verelendung großer Teile der Landbevölkerung. (GID 169, April/Mai 2005, 43)

Ökologische Zerstörungen durch Anbau von Gentechnik-Pflanzen

Durch den Anbau von gentechnisch herbizidresistent gemachten Kulturpflanzen wird mit den gleichzeitig versprühten Herbiziden jegliches Wildpflanzen-Leben abgetötet, mit schädlichen Folgen auch für die Tierwelt.

Dieser Anbau lohnt sich wirtschaftlich nur auf großen Flächen. So sind in Argentinien derzeit über 55% der 34 Millionen Hektar Ackerfläche mit Gentechnik-Sojapflanzen von Monsanto bedeckt. Riesige Monokulturen sind aber anfällig für Schädlinge, die sich wie im Schlaraffenland ausbreiten können, wenn der Industrie-Landwirt nicht schnell genug mit der chemischen Keule reagiert. Die riesigen durch Pestizide vergifteten Monokulturflächen sind ökologische Wüsten, in denen jegliche Artenvielfalt verschwunden ist.

Folgen für unterentwickelte Länder

Die Bestrebung der großen Agrar- und Saatgutkonzerne nach weltweiter Expansion ihrer Produktvermarktung führt zu einer grundlegenden Umstrukturierung der Landwirtschaft auch und vor allem in den unterentwickelten Ländern.

Seit etwa 2000 weitet die Finanzbranche ihre Geschäfte auf den Agrarsektor aus. Der Anbau von Kulturpflanzen wird zum Spekulationsobjekt der Großbanken. Allianz und Deutsche Bank hielten auch 2013 nach wie vor an den Wetten auf Lebensmittelpreise fest. In vertraulichen Berichten beider Institute wird zugegeben, dass die Spekulation die Preise für Lebensmittel auf den Agrarmärkten sprunghaft erhöht. (Schumann, 2013)

Da aufgrund der Landverknappung wegen zunehmender weltweiter Nachfrage nach Agrarland die Grundstückspreise steigen, können sich die Kleinbauern die Pachtgebühren nicht mehr durch Verkauf ihrer Waren gegenfinanzieren. Wenn sie nicht gewaltsam von ihrem Land vertrieben werden, dann geben sie oft „freiwillig“ auf.

Hinzu kommt, dass sich die kleinbäuerliche Landwirtschaft wegen der hohen Kosten für patentiertes Hybrid-Saatgut, Pestizide und Düngemittel nicht mehr lohnt. Die einheimischen Kleinbauern haben bislang traditionelles und an die örtlichen Standortverhältnisse angepasstes Saatgut für ihre Produktion verwendet, dieses ist aber auf dem Markt oft nicht mehr erhältlich. Daher sind auch Kleinbauern oft gezwungen, patentiertes Hybridsaatgut zu kaufen. Dadurch verschulden sich die Bauern bei den Konzernen, und bei Ernteausfall können sie die Schulden nicht erstatten.

Die führenden imperialistischen Staaten haben im Mai 2012 auf ihrer Konferenz in Camp David eine „Neue Allianz für Ernährungssicherung“ gegründet, der auch die großen Gentechnik- und Saatgutkonzerne wie Monsanto und Bayer angehören. Diese Allianz gibt in ihrem Strategiepapier als Ziel an, „die Verteilung von frei verfügbarem und nicht-verbessertem Saatgut systematisch zu beenden“, und „Regeln zu den Eigentumsrechten an Saatgut umzusetzen“. Daher müssten Kleinbauern fortan Lizenzgebühren an die Konzerne zahlen, wenn sie ihre Saaten wieder verwenden wollten (sofern die Samen keine Gene für Unfruchtbarkeit enthalten). Dadurch würde die ohnehin schlechte Lage der Kleinbauern weiter verschlechtert. Die Allianz will außerdem den Aufkauf von Ackerflächen (Landgrabbing) erleichtern. Das deutsche Entwicklungshilfeministerium unter dem damaligen FDP-Minister Niebel unterstützte die Allianz mit über 50 Millionen Euro. (nach Coordination gegen Bayer-Gefahren, 2013)

Insgesamt fördert diese Entwicklung den Großgrundbesitz und die Verarmung großer Teile der Bevölkerung.

3. Das kapitalistische System – Nährboden für Kolonialismus und Imperialismus

Kolonialismus

Es handelte sich um Plünderungs- und Zerstörungskriege, die nicht [offiziell] erklärt wurden und die mit der völligen Unterwerfung unter die erobernden Länder endeten. Die Feinde waren weder Regierungen noch eigentlich Armeen, sondern die Bevölkerungen selbst. (Enzo Traverso, Moderne und Gewalt)

Als Kolonialismus wird eine historische Epoche aufgefasst, in der vor allem europäische Staaten die politische und ökonomische Herrschaft über fremde Länder übernahmen. Zunächst bereicherten sie sich in Amerika durch Raub von Edelmetallen wie Gold und Silber. Staaten wie Spanien und Portugal begründeten damit seit dem 15. Jahrhundert ihren Reichtum. Später, insbesondere im 19. Jahrhundert, eroberten hauptsächlich westeuropäische Feudalmächte Länder in anderen Kontinenten, insbesondere in Afrika und Vorderasien. Dabei stützten sie sich auf die herrschende Klasse und machten sie zu ihren Handlangern bei der Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung. Im Konkurrenzkampf der Kolonialmächte untereinander war die Jagd nach Rohstoffen wie z. B. Erdöl und Diamanten von zentraler Bedeutung. Dabei schreckten sie vor militärischer Gewalt sowohl gegen die einheimische Bevölkerung als auch gegen konkurrierende Kolonialmächte nicht zurück. Die Ressourcen der Kolonien wurden durch Ausbeutung der Arbeitskraft der einheimischen Bevölkerung angeeignet. Dazu wurden Strukturen staatlicher Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung geschaffen, wie sie von totalitären Regimes bekannt waren. Die Niederschlagung des Herero-Aufstandes mit dem anschließenden Völkermord am Stamm der Hereros durch die deutschen kaiserlichen Truppen im Gebiet des heutigen Namibia verdeutlicht, wozu Kolonialmächte imstande waren.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war der Kapitalismus in den westlichen Industrienationen soweit entwickelt, dass die jeweiligen nationalen Kapitalbesitzer im Konkurrenzkampf untereinander danach bestrebt waren, außerhalb der nationalen Grenzen zu expandieren. Im weiteren Verlauf entstand Anfang des 20. Jahrhunderts ein „moderner“ Kolonialismus.

Auf der Berliner Konferenz 1884/85 teilten die europäischen Mächte Afrika unter sich auf. In der Öffentlichkeit vermittelten die Mächte den Eindruck, ihre Herrschaft in den Kolonien diene humanitären Zielen: Den dort lebenden Menschen – sofern diese überhaupt als Menschen anerkannt wurden – werde damit „Zivilisation und Kultur“ beigebracht. In Wirklichkeit waren sie eurozentrisch-rassistisch orientiert, und handelten in ihrem Interesse als kapitalistische Kolonialmächte.

Die Kolonialherren stellten eine neue Infrastruktur her, indem sie Eisenbahnlinien und industrielle Produktionsanlagen errichteten, was ihnen eine weitere Erschließung der besetzten Länder ermöglichte. Der bürgerliche Staatsapparat wurde 'mitgebracht' und den vorgefundenen Verhältnissen entsprechend angepasst: Verwaltung und Polizei sicherten die Herrschaft und ermöglichten wirtschaftliche Aktivitäten auch unter Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung. 'Herren' blieben aber

immer die Kolonialisten.

Die Umstrukturierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Kolonien wirkte zerstörerisch auf die traditionellen gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen der einheimischen Bevölkerung. Beispielsweise galt in vielen Ländern fortan die Sprache der Besatzer als Amtssprache, was der einheimischen Bevölkerung den Umgang mit den Behörden erheblich erschwerte. So wurde in vielen Fällen die Kolonie praktisch zu einer zusätzlichen Provinz des „Mutterlandes“ der Kolonialmächte.

Das Alltagsleben der kolonisierten Bevölkerung gestaltete sich in allen Bereichen schwierig: Es gab einen Zwang zu gesundheitsschädigender Arbeit, zu längerer Trennung von der Familie oder dem Clan, verbunden mit der Unterbringung in ungewohnten Massenunterkünften und der Vertreibung aus den alten Stammesgebieten.

Zionismus, eine Sonderform des Kolonialismus

Ich bin für Zwangsumsiedlung; darin sehe ich nichts Unmoralisches

Ben Gurion, Juni 1938

Im Gegensatz zu den klassischen Formen der Kolonisation hat der Zionismus die in der Kolonie vorgefundenen Sozialstrukturen nicht zerstört, indem er sie den Gesetzen des kapitalistischen Profits unterwarf, sondern indem er eine parallele wirtschaftliche und soziale Struktur schuf, in der die autochthonen Araber keinen Platz hatten. Gemäß den Vorstellungen der Zionisten bauten sie ein sozioökonomisches System nach europäischem Vorbild auf unter dem Schutz und zuerst im Dienst des britischen Imperialismus als 'Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei.' (Herzl).

Die ideologische Grundlage des Staates Israel – der Zionismus – hatte seinen Ursprung im zaristischen Russland am Ende des 19. Jahrhunderts. Infolge antisemitischer Pogrome kam es zu jüdischen Massenauswanderungen, etwa 3-4 % begaben sich nach Palästina.

Jüdische Intellektuelle entwickelten anlässlich dieser Pogrome die Idee einer Masseneinwanderung nach Palästina, um so vermeintlich die nationale und soziale Lage der Juden durch eine „produktive Kolonisationsbewegung“ – wie auch die Judenfrage der ganzen Welt – zu lösen.

Die Zionisten erheben Anspruch auf Palästina mit der Begründung, von dort vor etwa 2000 Jahren vertrieben worden zu sein. Sie sprechen von „Rückkehr“ in das „alte Vaterland“ und verwenden dabei den (geografischen) Begriff „Erez Israel“, dessen Abgrenzung sie nie definiert haben. Was aber festgelegt wurde, ist, „die arabische Bevölkerung auszusiedeln – wenn möglich freiwillig, falls nicht, dann mit Gewalt“ (Ben Gurion).

Damit verbunden war, wie bei jeder kolonialistischen Bewegung, die Beraubung der armen Bauern, und zwar ihrer besten Böden.

Die Besiedlung Palästinas fand immer mit Unterstützung und im Schutz der imperialistischen Staaten statt, sei es Großbritanniens (s. Balfour-Erklärung⁷) oder – dies nach dem 2. Weltkrieg ablösend – der USA.

Die zionistische Gesellschaft vor der Gründung des Staates Israel.

Bis 1933 war der Zuwachs an Jüdinnen und Juden in Palästina – er bestand hauptsächlich aus kleinbürgerlichen Schichten (Händler und Kaufleute) – relativ gering. Ihr Anteil an der Gesamtbevölke-

7 In der Balfour-Deklaration vom 2. 11. 1917 erklärte sich Großbritannien mit dem 1897 festgelegten Ziel des Zionismus einverstanden, in Palästina „für das jüdische Volk eine nationale Heimstätte“ zu errichten. Es betonte aber, dass „nichts getan werden darf, was die Bürgerrechte und religiösen Rechte in Palästina nicht-jüdischer Gemeinschaften“ betrifft.

zung betrug Ende 1946 ca. 20%; nachdem die Juden angekommen waren, die dem Holocaust entrinnen konnten, betrug ihr Anteil etwa 33%.

Durch den Ankauf landwirtschaftlicher Flächen von halbfeudalen arabischen Eliten ('Abwesende') unter den Losungen „Befreiung des Bodens“ und „Eroberung des Bodens“ wurden die arabischen Bauern verdrängt.

Gemäß seiner ethnischen Orientierung beutete der Zionismus die örtlich vorhandene billigere Arbeitskraft (der Araber) im Gegensatz zu anderen europäischen Kolonisationsprojekten nicht aus. Im Gegenteil: Durch seine Zusammenarbeit mit den britischen Einrichtungen konnte er arabische ArbeiterInnen durch jüdische ersetzen lassen.

Die Zusammenarbeit zwischen Briten und Zionisten erreichte vor dem Zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt, als die Briten die Ausbildung der Haganah (Miliz der Kolonialisten) übernahm. Das imperialistische Interesse lag u.a. an der Verteidigung des Suezkanals, der Bewachung des letzten Teils der Ölpipeline aus dem Irak und der Sicherung des Hafens von Haifa.

Die Histadrut

Die Histadrut war die zentrale nur Juden vorbehaltene Organisation, die die Arbeiterklasse in fast allen Lebensbereichen organisierte. Sie war – und ist – ein Trust, der in alle Bereiche der Gesellschaft eindringt: Wirtschaftlich, 'gewerkschaftlich', sozial und auch militärisch. Im Vorfeld der Staatsgründung war ihre Aufgabe die Schaffung einer jüdischen Arbeiterklasse, die nationalistisch in den Prozess der zionistischen Entwicklung eingebunden wurde.

Die Histadrut organisierte nicht nur GewerkschafterInnen; sie vertrat auch die Interessen anderer sozialer Schichten wie Kleinunternehmer, Bauern, Kooperativen etc.

Die Teilung Palästinas und die Schaffung des zionistischen Staates

Im Jahre 1947 wurde der Teilungsplan für Palästina von der UN-Generalversammlung (Resolution 181) mehrheitlich gegen die Stimmen der arabischen Staaten angenommen und damit das britische Mandat beendet; er sieht vor, Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat aufzuteilen und Jerusalem unter internationale Kontrolle zu stellen.

„So versuchten die europäischen Staaten, sich eines gemeinsamen Problems, dessen Urheberchaft sie nicht verleugnen konnten, zu dessen Lösung sie aber nicht in der Lage waren, auf Kosten eines nun gänzlich unbeteiligten Volkes zu entledigen“ (Norman Paech).

Unmittelbar nach der Verabschiedung der UN-Resolution begannen in Palästina die kriegerischen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf 750 000 PalästinenserInnen ihre Heimat verlassen mussten. Entsprechend der zionistischen Strategie wurde die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung konsequent verfolgt, um sich so dem Ziel einer ethnischen Säuberung Palästinas zu nähern.

Das britische Mandat lief am 14. Mai 1948 aus, einen Tag danach gründeten die Zionisten den Staat Israel.

Armeen der palästinensischen Anrainerstaaten griffen daraufhin den neuen Staat an, die auf eine gut ausgebildete Armee Israels trafen. In diesen bis 1949 dauernden Auseinandersetzungen wurden 80 % der palästinensischen Bevölkerung vertrieben und enteignet. Die Palästinenser sprechen von der 'Nakba', wenn sie diesen Zeitraum des unermesslichen Leides meinen.

Die Wandlung Israels zu einem neoliberalen Staat.

Die Entwicklung zunächst von Privatkapital und Sozialstaat, später dann dessen Abbau und die Durchsetzung neoliberaler Politik bestimmen heute die Ökonomie Israels. Ein allgegenwärtiges

Erbe des Zionismus, der Rassismus, der sich immer wieder aufs Neue gegen die Palästinenser wendet, ist geblieben.

Die Innenpolitik wird zunehmend autoritär. Die Bevölkerung unterstützt die rassistische Politik und orientiert sich nach 'rechts', wo sie sich die größten Vorteile verspricht; die Parlamentswahlen 2015 zeugen davon.

Die Partnerschaft mit den imperialistischen Staaten ist für Israel weiterhin wichtig. Sie sichert seinen Bestand. Von entscheidender Bedeutung für einen Wandel im Interesse der Menschen im Nahen Osten sind die künftigen sozialen und emanzipatorischen Kämpfe in Israel. Ein gemeinsamer Staat auf dem historischen Territorium Palästinas, in dem alle Menschen gleichberechtigt leben können, ist für eine wirkliche und dauerhafte Lösung des Konflikts unabdingbar.

Imperialismus

Schlussfolgernd aus der Analyse der herrschenden Verhältnisse der vergangenen 150 Jahre können wir feststellen: Der Kapitalismus ist seit über hundert Jahren ein imperialistisches System, d. h. u.a., dass er aufgrund der inneren Logik der Profitwirtschaft ständig bestrebt ist, seine Herrschaft auf weitere Gebiete der Welt auszudehnen.

Imperialismus ist also das Bestreben eines Staatswesens, seinen Einfluss bzw. Machtbereich zu vergrößern. Dies geht bis hin zur Unterwerfung und oder auch Eingliederung anderer Staaten.

War in früheren Phasen, insbesondere im Zeitalter des Kolonialismus der Imperialismus fast immer auch mit Landnahme verbunden, z. B. der Besetzung der Kolonie durch die Kolonialmacht, so ist dies im Zeitalter des Neokolonialismus (also seit etwa der Mitte des 20. Jahrhunderts) nicht mehr nötig. Infolge der Kämpfe der nationalen Befreiungsbewegungen haben die Kolonien die formale Unabhängigkeit erreicht, aber die wirtschaftlichen Abhängigkeiten bleiben weiter. Eine Ausnahme dieser allgemeinen Tendenz ist der Sonderfall des israelische Siedlungsbaus auf palästinensischem Land.

„In Europa entstanden, breitete sich der Kapitalismus innerhalb eines Jahrhunderts über die ganze Welt aus. Während sich der Kapitalismus im weltweiten Maßstab ausbreitete, hat der Großteil der Welt nur die zersetzenden Einflüsse und nichts von seinen zivilisatorischen Auswirkungen zu spüren bekommen. [...] der unbegrenzte industrielle Aufschwung der westlichen Welt war nur auf Kosten der sogenannten unterentwickelten Welt möglich.

Die gegenwärtige Spaltung der Welt in industrialisierte Länder und unterentwickelte Länder ist nicht das Ergebnis einer fatalen Laune der Natur. In Wirklichkeit lässt sich die Aufteilung der Welt in „reiche“ und „arme“ Nationen nur durch historische und soziale Gründe erklären, vor allem jedoch durch die Geschichte des Kapitalismus selbst.“ (E. Mandel)

Heute ist die gesamte Erde den Gesetzen des Weltmarktes, den Gesetzen von Ausbeutung, Konkurrenz und Profitwirtschaft unterworfen. Das Kapital ist zwar national organisiert aber stets bestrebt die Schranken einer nationalen Akkumulation zu überwinden. Seine übergreifenden Interessen werden vom Staat durchgesetzt. Der Staat handelt als „ideeller Gesamtkapitalist“ (Engels), d. h. er reguliert das kapitalistische Geschäft im Gesamtinteresse aller Kapitale im nationalen Rahmen und sichert mit seinen Verwaltungsakten, seiner ideologischen Einbindung wie auch mit seinem Überwachungs- und Repressionsapparat die bestehende Eigentumsordnung und die kapitalistische Produktionsweise. Er ist mit seinem Herrschaftsinstrumentarium das Gegenteil von Selbstverwaltung und Emanzipation.

Die parlamentarische Demokratie ist nur eine der Herrschaftsformen des Kapitals, wenn auch die in

„normalen Zeiten“ für das Kapital effektivste. Im Angesicht größerer Krisen kann jedoch der Parlamentarismus anderen bürgerlichen Staatsformen wie Militärdiktatur oder Faschismus weichen. Mit Hilfe des Staates ist das Kapital bestrebt, den größtmöglichen Reichtum der Erde zu ergattern. Dabei finden die Interessen des einen Staates ihre Grenzen an den Interessen des anderen. Konkurrenz und Partnerschaft sind die zwei Seiten einer Medaille. Die Rangordnung auf dem Weltmarkt bestimmt sich aus der Stärke der ökonomischen und der Stärke der damit verknüpften militärischen Macht. Ob ein kapitalistischer Staat imperialistisch ist, liegt nicht an der besonderen Aggressivität seiner staatlichen Führung oder einzelner Kapitalfraktionen, sondern allein daran, was als opportun und notwendig erachtet wird, und wozu der Staat fähig ist. Ob ein Staat ein imperialistischer ist oder ein vom Imperialismus unterdrückter ist, liegt also nicht an seiner prinzipiellen Gutwilligkeit. Dabei kommt es vor, dass der eine Staat vom anderen abhängig ist, dass der eine vom anderen erpresst wird. Dabei kann es sein, dass die Bewohner des einen Staates als billige Arbeitskräfte interessant sind, oder aber, dass die Menschen für das Kapital vollkommen uninteressant sind, da sie zur Ausbeutung gar nicht benötigt werden. Denn es gibt Staaten, die nur wegen ihrer Bodenschätze interessant sind, sodass die einzige Aufgabe der dortigen Staatsgewalt darin besteht, die Ausbeutung dieser Schätze zu garantieren. Dabei ist die politische Form dieser Staatsgewalt für den Imperialismus vollkommen uninteressant (getreu der US-Devise, ausgesprochen vom US-Präsidenten Franklin Roosevelt: „Somoza [der damalige Diktator Nicaraguas] may be a son-of-a-bitch, but he's our son-of-a-bitch.“ [„Er mag ein Hundesohn sein, aber er ist unser Hundesohn“]). Gewalt zur Durchsetzung von Kapitalinteressen ist ein Wesensmerkmal dieser Gesellschaftsordnung. Jedoch muss ein imperialistischer Staat nicht ständig seine Panzer rollen lassen, aber er muss dazu fähig sein, wie die Beispiele der letzten Jahre (Irak, Afghanistan, Libyen, ...) das gezeigt haben.

Imperialismus heißt, dass die Mehrheit der Weltbevölkerung mit wirtschaftlichem und militärischem Zwang unterentwickelt gehalten wird. Auch künftig muss man damit rechnen, dass dieses System mit viel ökonomischem Druck und gegebenenfalls polizeilichen wie auch militärischen Mitteln die grenzenlose Bewegungsfreiheit und Verwertung des Kapitals aufrechterhalten wird. Während im 20. Jahrhundert über 100 Kriege und Bürgerkriege geführt wurden, kennt das junge 21. Jahrhundert bereits mehr als 20 Schauplätze blutigen Mordens. In einigen Ländern und Regionen, wie Afghanistan, Kurdistan, den Philippinen und Uganda, dauern die bewaffneten Konflikte bereits seit Jahrzehnten an, d. h. die dort lebenden Menschen kennen seit Generationen nichts anderes als Krieg. Die hieraus resultierende Zerrüttung der menschlichen Psyche, der politischen Kultur und der natürlichen Lebensgrundlagen sind so tief greifend, dass in diesen Ländern die Möglichkeiten für eine sozialistische Emanzipation mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Diese Gefahren wurden in der Vergangenheit auch von Teilen der ArbeiterInnenbewegung hierzulande unterschätzt.

Die besondere Bedeutung der Rohstoffe

Für direkte politische und militärische Interventionen der wichtigste Beweggrund – ist der möglichst direkte Zugriff auf die Rohstoffe und die Kontrolle der entsprechenden Transportwege. So machten 2013 allein die Energieimporte nach Deutschland 93,65 Mrd. € aus, das sind mehr als 9% der Gesamtimporte.

Rohstoffimporte Deutschlands

Für das deutsche Kapital sind aber auch *andere Rohstoffe* sehr wichtig: Seltene Erden, Koltan, ... 2011 wurden für 140 Milliarden Euro Rohstoffe importiert. „Wir sehen bei 15 bis 20 Roh-

stoffgruppen in den kommenden ein bis zwei Jahren ernsthafte Preis- und Lieferrisiken“, sagte der Leiter der Deutschen Rohstoffagentur (Dera), Peter Buchholz. Dazu zählten unter anderem Wolfram oder Antimon, das etwa für Blei-Akkumulatoren benötigt wird.“ Focus online 4.11.2013.

Aber auch *andere Importe* (vor allem Zwischenprodukte) sind also für das deutsche Kapital wichtige Faktoren ihrer Kalkulation. Laut Statista (Kurzlink: <http://kurzlink.de/O3mKG1aT0>) bildeten die folgenden Güterabteilungen die TOP 15 der deutschen Importe:

Erdöl und Erdgas 93,65 Mrd. €; Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugnisse 82,74; Kraftwagen und Kraftwagenteile 80,3; chemische Erzeugnisse 71,5; Maschinen 66,35; Metalle 51,31; elektrische Ausrüstung 44,16; Nahrungsmittel und Futtermittel 39,59; pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse 37,55; sonstige Fahrzeuge 36,67; Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse 30,55; Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd 27,3; Bekleidung 26,52; Gummi und Kunststoffwaren 25,42; Metallerzeugnisse 23,32.

Die Rohstoffpolitik der Bundesregierung

Wie eng dabei das Kapital und sein geschäftsführender Ausschuss der Staat und seine Regierung zusammenarbeiten, wird nicht zuletzt an der Einrichtung der [Deutschen Rohstoffagentur](#) (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) oder an dem [Helmholtz-Institut Freiberg für Ressourcentechnologie](#) oder dem Interministeriellen Ausschuss (IMA) Rohstoffe deutlich.

Das Bundeswirtschaftsministerium schreibt u. a.:

„Kritische Rohstoffe sind insbesondere die auf der Liste unter Abschnitt 6 des Berichtes vom 30. Juli 2010 der Ad-Hoc Working Group der Raw Material Supply Group unter dem Vorsitz der Europäischen Kommission aufgeführten Rohstoffe Antimon, Beryllium, Kobalt, Fluorit, Gallium, Germanium, Graphit, Indium, Magnesium, Niobium, Platinmetalle, seltene Erden, Tantal und Wolfram. Diese wirtschaftsstrategischen und deshalb als kritisch bezeichneten Rohstoffe sind unter anderem von besonderer technologischer Bedeutung für die Erreichung der Energiewende-, Klimaschutz- und Effizienzziele.“⁸

Dort wird letztlich analysiert, wie wichtig die Kontrolle über die Bezugsquellen und die Transportwege für den einen oder anderen Rohstoff sind. Besonders interessant ist dabei die DERA-Rohstoffliste 2012: Angebotskonzentration bei Metallen und Industriemineralien – Potenzielle Preis- und Lieferrisiken. Kurzlink: <http://kurzlink.de/uFqhxd7qa>

Produktivismus, Extraktivismus und sonstiger Raubbau an der Natur können nur durch eine Wirtschaftspolitik überwunden (ersetzt) werden, die sich nicht an Profitinteressen orientiert. Nachhaltige, umweltschonende und die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung wahrende Landwirtschaft muss auf den Aufbau von freiwilligen Kooperativen und Genossenschaften ausgerichtet sein. Dies wird aber nur umsetzbar sein, wenn die Interessen der Agrarkonzerne durchkreuzt werden. Ohne deren Enteignung wird dies aber nicht umsetzbar sein.

Entsprechende Bewegungen von unten, wie sie von Via Campesina unterstützt werden, müssen auch von einer breiten Bewegung aus den imperialistischen Ländern aktiv gefördert werden.

Krieg als Mittel der Politik: Der deutsche Imperialismus rüstet auf

Die Bundesregierung hält am alten Satz von Clausewitz fest, wonach 'der [Krieg](#) eine bloße Fortsetzung der [Politik](#) mit anderen Mitteln' sei. Damit sie im Zweifelsfall auch militärisch intervenieren

⁸ BMWI (unter <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Industrie/Rohstoffe-und-Ressourcen/rohstoffpolitik.html> (Zugriff 12.5.2014).

kann, wird seit Jahren die Bundeswehr zunehmend auf Auslandseinsätze umgestellt, um in verschiedenen Teilen der Welt ausreichend Erfahrung zu sammeln und sich als aktionsfähige Militärmacht zu etablieren.

Ein bedeutsamer Schritt waren die verteidigungspolitische Richtlinien von 1992:

"Auf der Grundlage dieser Werte verfolgt Deutschland seine legitimen nationalen Interessen. (...)“
„Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt (...)“

Volker Rühle (CDU), 26. November 1992, damals deutscher Verteidigungsminister.

Zur Vorstellung der Verteidigungspolitische Richtlinien von 2011: „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. (...) Deshalb werden Transport- und Energiesicherheit und damit verbundene Fragen künftig auch für unsere Sicherheit eine wachsende Rolle spielen.“ Der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière am 27. Mai 2011.

Der damalige Bundespräsident Horst Köhler sprach im Mai 2010 unvorsichtigerweise das aus, was die Maxime imperialistischer (und damit auch deutscher) Politik ist, nämlich, „dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ, bei uns durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern.“⁹

Imperialistische Interventionen der letzten Jahre. Einige Beispiele

- **Mali**

„Es geht beim Krieg in Mali, wie bei fast jedem Krieg auf dem afrikanischen Kontinent, um Rohstoffe und natürlich um politische Einflussnahme.“

„Die einzigen bekannten und strategisch wichtigen europäischen Interessen in der Region sind die Uran- und Ölvorkommen in Mali und die französischen Uranminen im angrenzenden Niger. Frankreich hängt als Atommacht und Atomstromland stark von der Versorgung mit Uran ab. ... Um die weitere Destabilisierung des Landes zu verhindern, greift Frankreich jetzt in Mali ein.“

„Wirtschaftswoche“ vom 17. Januar 2013

- **Afghanistan:**

Zu den geopolitischen Hintergründen des Eingreifens in Afghanistan führte der Theologe Eugen Drewermann am 5. Februar 2011 auf einer Kundgebung gegen die Münchner Sicherheitskonferenz aus:

„Um die Sowjets zu vertreiben, baute man als Verbündete die Gotteskrieger von Al-Quaida auf, inthronisierte man die Taliban. Und sie wären heute noch die Verbündeten der US-Amerikaner, hätten sie im Juli 2001 bei der Konferenz in Bonn dem Plan zum Bau von zwei Pipelines durch Afghanistan zugestimmt.“

Und Wikipedia ergänzt zum Pipeline-Vertrag von 2002:

„Der Vertragsabschluss wurde durch die US -Invasion in Afghanistan im Jahr zuvor ermöglicht.“

⁹ Radiointerview im Deutschlandradio am 22. Mai 2010: http://www.deutschlandradio.de/sie-leisten-wirklich-grossartiges-unter-schwierigsten.331.de.html?dram:article_id=203276

Die Herrschenden versuchen, dies mit Sprüchen wie „Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt.“ - Regierungserklärung, Berlin, 11. März 2004, bmvg.de zu verkleistern.

- **Irak**

„Der Krieg wurde von der US-Regierung als Prävention eines angeblich vorbereiteten Angriffs des Iraks auf die USA mit Massenvernichtungsmitteln begründet, aber ohne UN-Mandat geführt. Er wurde vom UN-Sicherheitsrat nicht autorisiert und brach somit völkerrechtlich das in der UN-Charta verankerte Verbot eines Angriffskrieges. (...) Die genannten Kriegsgründe sind historisch widerlegt [...] und werden oft als absichtliche Irreführung der Weltöffentlichkeit bewertet, da im Irak weder Massenvernichtungsmittel noch Beweise akuter Angriffsabsichten gefunden wurden. Stattdessen wird angeführt, die USA habe durch den Krieg vor allem geopolitische und wirtschaftliche Interessen, insbesondere im Zusammenhang mit Erdöl verfolgt.“

Wikipedia: Irakkrieg

- **Sudan**

"Um was geht es eigentlich? Neben religiösen und ethnischen Fragen geht es – wie immer – um viel Geld, da Öl, Kupfer, Uran und andere Bodenschätze reichlich vorhanden sind.“

Hans Ridel, am 27. April 2007 im Deutschen Bundestag, damals Bundestagsabgeordneter (CSU)

Im Sudan gibt es konkurrierende Interessen von China, USA, Deutschland und anderen Staaten. Vor diesem Hintergrund wurde die Teilung des Sudans von außen gefördert.

Ökonomische Interventionen

Wir betreiben ein Spiel, bei dem die überlegene Mannschaft auch noch gedopt ist - mit Subventionen aus Brüssel

Kwabena Otoo, ghanaischer Wirtschaftswissenschaftler

Die bisher angesprochenen Fragen und Gedanken sollten nicht die Idee aufkommen lassen, der Kolonialismus sei mit der "Selbstständigkeit" der ehemals kolonisierten Länder beendet. Jeder dieser genannten Staaten hat zwar eine eigene Flagge, Regierung, Fußballmannschaft usw., was im allgemeinen darauf schließen lässt. Aber der Sieg des Kapitalismus über den so genannten Kommunismus (oder Sozialismus oder wie sonst noch) hat die Zeit gewaltig geändert. Es ist zwar nur die System-Konkurrenz verschwunden, aber nicht die Konkurrenz im System.

Für die unterentwickelten Staaten, die von einer gering entwickelten Industrie und einer entsprechenden Landwirtschaft ökonomisch geprägt sind, hat sich die Frage der Abhängigkeit nicht gelöst; da das expandierende Kapital weiter auf der Jagd nach Profiten ist und die entwickelte kapitalistische Wirtschaft unter anderem auf Rohstoffe angewiesen ist, die zunächst außerhalb ihres Einflussbereiches liegen, sind weiterhin enge Beziehungen zu den Rohstoffländern von großer Bedeutung. Das zügellose Agieren erfolgt häufig auf Grundlage von ausgehandelten Verträgen. Gleiches gilt für den Sektor der Landwirtschaft (s. oben).

Mit der EU als Sprachrohr des europäischen Kapitals wurden/werden die unterentwickelt gehaltenen Staaten in Afrika, dem Pazifik und in der Karibik („AKP-Staaten“) zu Verhandlungen über ökonomische Partnerabkommen (EPA: Economic Partnership Agreements; von Kritikern als ‚Erpresste Partnerschafts-Abkommen‘ bezeichnet) gedrängt, bei denen sie aufgrund ihrer rückständigen Entwicklung nur Verlierer sein können. Hinzu kommt, dass sie diese Verhandlungen letztlich nicht auf Augenhöhe führen (können).

Der Stand der Verhandlungen sieht vor, dass bis Oktober 2016 alle 78 AKP-Länder die mit der EU ausgehandelten Freihandelsabkommen ratifizieren sollen. Dieser Zeitraum kann durchaus eingehalten werden, trotz jahrelangen unterschiedlich ausgeprägten Widerstandes – auch gegen ‚ihre‘ Verhandlungsführer - seitens dieser Staaten, da die EU genügend Druck erfolgreich ausübt.

Konkret

Innerhalb der kommenden 15 Jahre sollen die AKP-Staaten mindestens 80 % ihrer Zölle beseitigen; ausländische und inländische Unternehmen werden weitgehend gleich behandelt. Die kurz nach der Ratifizierung vorgesehenen und angekündigten weitergehenden Verhandlungen sollen die Wirtschaften noch stärker liberalisieren. Institutionen, die den Regulierungsräten bei TTIP & CETA entsprechen, sind vorgesehen. Die EU-Staaten beanspruchen für sich Meistbegünstigungsklauseln und sie werden sie bekommen! Zölle auf EU-Waren werden z.T. ganz abgeschafft. Dazu gehören v.a. vordringlich die Rohstoffe der ‚Rohstoff-Initiative‘ der EU (s.oben), deren Handel sofort uneingeschränkt betrieben werden soll. Auf der anderen Seite haben sich auch die Interessen involvierter politischer Eliten - mangels Konsultationsprozesse - häufig durchgesetzt. Nur ein Land – im SADC-Raum – hat sich dem EU-Diktat nicht beugen wollen und ist ‚ausgestiegen‘: Angola.

Es ist gewiss bedauerlich, dass die AKP-Staaten nicht geschlossen ihre Interessen vertreten haben. Einerseits drückt sich darin eine gewisse Schwäche der AKP-Staaten aus. Andererseits wird der Griff in die koloniale Trickkiste "teile und herrsche" auch heute noch von den entwickelten Staaten gern und erfolgreich praktiziert. Übergangen werde lokale Entwicklungsgemeinschaften (z.B. SADC im südlichen Afrika), in dem sie auf mehrere Verhandlungsgruppen aufgeteilt werden. Es ist offensichtlich, dass derjenige, der die Agenda bestimmt, auch als Gewinner den Verhandlungssaal verlässt.

Der ehemalige Präsident von Tansania, Benjamin Mkapa, beurteilt die heutige Situation so: " Es geht darum, ob Afrika den Spielraum bekommt, Industrie und Handel für seine eigene Entwicklung zu nutzen oder für die Entwicklung Europas."

Geht es noch um das ‚Ob‘?

Die Konsequenzen aus dieser Situation sind weiter oben beschrieben: die Abhängigkeit der unterentwickelten Staaten bleibt erhalten, sie haben ökonomisch gegen die westlichen Industriestaaten keine Chance zu überleben. Das hat auch unter anderem zur Folge, dass das materielle Elend diejenigen zu Flüchtlingen werden lässt, die physisch dazu in der Lage sind und die sich der Hoffnung hingeben, in ihrem Ankunftsland für sich, ihre Familie und ihre daheimgebliebenen Angehörigen ein besseres Leben zu ermöglichen.¹⁰

Deutschland und die NATO

Die deutsche Regierung ist zwar zurzeit noch nicht in der Lage, auf sich alleine gestellt in einem x-beliebigen Land der „III. Welt" militärisch zu intervenieren, aber sie baut beharrlich die entsprechenden Kapazitäten aus und übt sich im Verbund mit anderen EU-Staaten (z. B. in Mali, Somalia, ...) und mit der NATO oder einer „Koalition der Willigen“ (in Afghanistan usw.) ihre militärische Interventionsfähigkeit zu entwickeln. Und sie wirkt mit bei der Ausdehnung der NATO nach Osten. Unter den 28 Mitgliedstaaten der NATO sind 6 europäische Länder des ehemaligen Warschauer Pakts, 3 frühere Teil-Republiken der ehemaligen Sowjetunion und 2 frühere Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawiens. Am 01. April 2009 wurden Albanien und Kroatien als jüngste

10 Quelle: südliches Afrika-4/2016-www.afrika-sued.org

NATO-Mitglieder Nr. 27 und 28 aufgenommen.

Eugen Drewermann bezeichnete im Februar 2011 die NATO als eine „aggressive Interventionsarmee“. Sie sei dabei, „die Ukraine zu spalten. Georgien zu spalten, Kirgistan zu spalten, mit den Terrorregimen in Usbekistan und Kasachstan zusammenzuarbeiten und den Aufmarsch gegen Afghanistan zu etablieren. Sie mischt sich überall ein, wo sie nichts verloren hat, in der permanenten Gier nach Erdöl, Bauxit, Uran.“ Rede vom 5. 2. 2011 auf dem Münchner Marienplatz, anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz 2011. ¹¹

Deutschland als Militärmacht

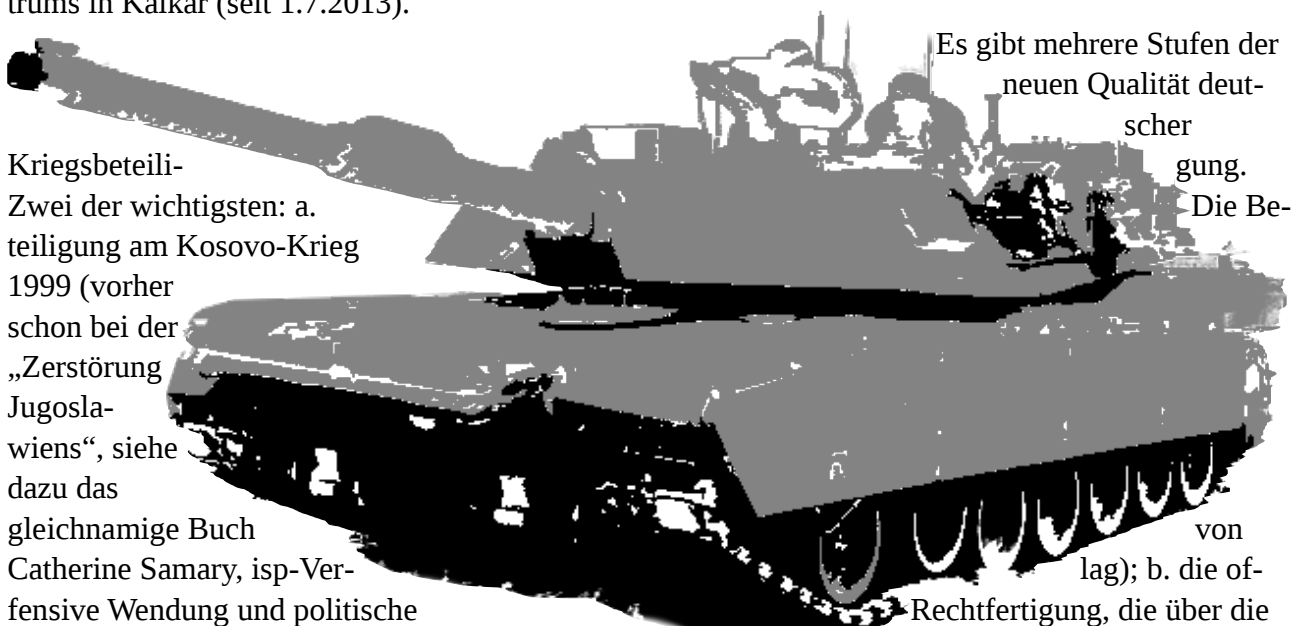
Der deutsche Imperialismus leistet logistische Hilfe bei praktisch allen Kriegen, die der US-Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika führt (diese reicht von den Überflugrechten für US-Bomber bei ihren Einsätzen in Nahost bis zur Duldung der Nutzung des US-Stützpunktes in Ramstein als Umschlagsplatz für den Einsatz von Kriegswaffen oder etwa die Steuerung von Drohnenangriffen über Ramstein wie auch die Duldung der US AFRICOM in Stuttgart).

Gerechtfertigt wird die direkte und indirekte Unterstützung in der Regel (wenn es überhaupt öffentlich wird) mit dem Artikel 5 des NATO-Statuts (Beistandspflicht), so auch bei der Installierung der Patriot-Raketen in der Türkei. Teil dieser Politik ist die Installierung eines deutschen Abhörzentrums in Kalkar (seit 1.7.2013).

Kriegsbeteiligung
Zwei der wichtigsten:
a. Beteiligung am Kosovo-Krieg 1999 (vorher schon bei der „Zerstörung Jugoslawiens“, siehe dazu das gleichnamige Buch von Catherine Samary, isp-Verlag);
b. die offensive Wendung und politische Begründung, ein neues Auschwitz verhindern zu wollen, hinausgeht.

Dazu ein paar Zitate: 11.10.2001: Joschka Fischer erklärt im Deutschen Bundestag das „Ende der militärischen Zurückhaltung“. Ziel sei eine „internationale Ordnungspolitik“, an der Deutschland einen wesentlichen Anteil haben müsse. Schröder: „ein neues Selbstverständnis deutscher Außenpolitik“. Scharping beim Seeheimer Kreis, dass „aus deutschen Eigeninteressen“ die Bundesregierung „auch mit militärischen Mitteln für Frieden und Sicherheit in der Welt“ sorgen muss. Deutschland sei „eine mittlere Macht mit weltweiten Interessen“. Und: Oberst Klein wurde befördert statt degradiert. Auch das ist ein wichtiges politisches Signal. -

Als Kriegseinsatztruppen stehen nicht nur die regulären Truppenteile zur Verfügung, sondern in vielen Fällen (oft verdeckt agierend) das Kommando Spezialkräfte (KSK, 1996 eingerichtet), die Divi-



11 <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2011-drewermann.html>

sion Schnelle Kräfte (DSK) mit einer Sollstärke von 9.500 Mann (Sitz des Stabes ist in [Stadtlendorf](#) und die Division Schnelle Operationen (DSO, 2000 mit 7400 Mann eingerichtet; sie ist eine KSK light).

Mehr und mehr kommt es inzwischen zu langfristigen bis dauernden Stationierungen deutscher Truppen (vor der Küste von Syrien, am Horn von Afrika (s. deutsche Aufklärungsflugzeuge in Djibouti).

Die Ziele der Operationen: die Kontrolle über möglichst viele Regionen der Welt behalten. Im Speziellen: die Beherrschung der Rohstofflieferungen, zum Teil auch der Absatzmärkte. Es geht also um Öl, Gas, sowie Pipelines usw.

Zu den Mitteln (neben der oben erwähnten Kooperation mit den lokalen Machthabern, etwa in Mali, im Niger usw.) gehören heute zwei Dinge:

Eine Verstärkung der eigenen Aufrüstung und des Waffenexports an befreundete Regimes (was im Regelfall fast überall auf der Welt so ist, außer in Russland, China, Nordkorea, Kuba und ganz wenigen anderen Ausnahmen): weltweit 2002: 1100 Mrd. \$; 2007: 1500 Mrd. \$, 2012: 1753 Mrd. \$; mehr Details dazu bei SIPRI.

Deutsche Rüstungsexporte gingen 2005 – 2009 z. B. an alle drei Krieg führenden Parteien in Libyen (militärische Geländewagen, Hubschrauber, Gefechtsfeld-Radaranlagen und Kommunikationsausrüstung). 2010: Lieferung von Geländefahrzeugen für 6,1 Mio. € an Libyen.

Die europäische Rüstungsindustrie strukturiert sich um (EADS-Chef Enders ist ein Konversionskiller). Die deutsch-französische Waffenschmiede MBDA lieferte direkt (an den libyschen Staat) und indirekt (via Katar) an alle 3 Kriegsparteien in Libyen Milan-Raketen. Das Gaddafi-Regime nutzte auch Sattelzugmaschinen des Typs Actros zum Panzertransport (2009“010 von Mercedes Military geliefert. Genehmigungen für Waffenexporte aus Deutschland nach Ägypten: 2008: 33,6 Mio €, 2009: 77,5 Mio €, 2010: 21.0 Mio €. In Ägypten produzierte Fahd-Panzer basieren auf dem Modell TH von Thyssen Henschel mit einem Mercedes Motor. Sie wurden gegen die Demokratiebewegung eingesetzt. Geliefert wurden auch Kleinwaffen (MP 5 Maschinenpistolen, G 36). Gesamtgenehmigungen 2001: 570 Mio. €; 2012; 1,42 Mrd. €; erstes Halbjahr 2013 in 6 Golfstaaten (Kooperationsrat) Genehmigungen für 817 Mio. €. (Mehr zum heutigen Stand: Jürgen Grässlin: Schwarzbuch Waffenhandel.)

Längerfristiges Ziel des deutschen Imperialismus wird es ohne jeden Zweifel sein, den Parlamentsvorbehalt für den offenen Auslandskriegseinsatz der Bundeswehr abzuschaffen.

Die EU militarisiert sich ...

Die Militarisierung des westeuropäischen Staatenverbundes begann nach dem Maastrichter Vertrag über die Europäische Union von 1992, also nach der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Vertrags. Es wurde die sogenannte zweite Säule der EU aufgerichtet, nämlich die "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP), zu der auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik gehört. Unter "Verteidigung" verstand man nicht etwa die Abwehr von bewaffneten Angriffen auf die Union und ihre Mitglieder, sondern das Eingreifen in alle möglichen für die Interessen der Mächtigen im Bündnis gefährlichen Situationen in Staaten und Regionen außerhalb der EU mit militärischer und/oder "ziviler" polizeilicher bzw. justizieller Gewalt. Nach Maastricht ging es holprig, aber doch stetig voran:

- Einbindung der bislang störrischen Engländer in die militärische Dimension der EU,
- Aufbau militärischer Fähigkeiten zum "autonomen" Losschlagen,

- Bildung der flexibel einsetzbaren "Battlegroups",
- der Deutsch- Französischen Brigade und des Eurokorps,
- Arrangements mit der NATO über Dominanz und Priorität des von den USA beherrschten Kriegspaktes,
- Verabschiedung einer eigenen Europäischen "Sicherheitsstrategie" 2003,
- Gründung einer Rüstungsagentur,
- Aufbau eines gemeinsamen Rüstungsmarktes,
- Schaffung einer eigenen Kriegsbürokratie (Militärausschuss, Militärstab) und Eingliederung dieser Bürokratie in den Europäischen Auswärtigen Dienst, der von einem Hohen Vertreter geleitet wird.

Die Militarisierung der EU läuft heute auf zwei Ebenen:

- neben der aktiven Mitwirkung in der NATO und bei „Koalitionen der Willigen“ heute vornehmlich bei Interventionen in Afrika, auf dem Balkan, im Nahen Osten (Patriot-Raketen in der Türkei), im Mittelmeer vor Syrien, am Horn von Afrika; ...
- Zur Abschottung der EU gegenüber Flüchtlingen aus aller Welt mithilfe der Frontex, Eingreiftruppen.

In beiden Fällen sind die Kooperationen mit den Herrschenden (bei Frontex unter anderem mit Libyen, Marokko usw.) und im Nahen Osten mit dem Iran (vor allem zur Zeit des Schah-Regimes), mit den Golfmonarchien, mit Israel, Ägypten usw. eine wichtige Stütze bei der indirekten Beherrschung oder zumindest starken Beeinflussung dieser Länder. Dazu gehört beispielsweise auch die Kumpanei mit Erdogan (etwa bei den Angriffen auf die kurdischen Gebiete in Syrien, die oft von der Türkei aus gestartet werden).

Aufrüstungsverpflichtung der EU nach dem Lissaboner Vertrag: Bisher ohne Beispiel in der Geschichte internationaler völkerrechtlicher Verträge ist folgende Bestimmung: “Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern” (Art. 27, 3) und Art. 42, Absatz 3 . Die EU soll u.a. “Maßnahmen zur Bedarfsdeckung” an Rüstungsgütern fördern, zur “Stärkung der industriellen und technologischen Basis” des Rüstungssektors beitragen und sich “an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung” (Art. 27, 3) beteiligen. Auch Rüstungsforschung soll auf ihrer Agenda stehen (Art. 30, 1d).

Rüstung weltweit

Die Liste der Länder mit den höchsten Militärausgaben im Jahr 2013 wird – wie eh und je – von den USA angeführt: 640 Mrd. \$ gefolgt von China 188, Russland 87,8, Saudi-Arabien 67, Frankreich 61,2, Großbritannien 57,9, Deutschland 48,8, Japan 48,6, Indien 47,4, Südkorea 33,9, Italien 32,7, Brasilien, 31,5, Australien 24,0, Türkei 19,1, Ver. Arab. Emirate 19,0. Quelle: Süddeutsche Zeitung 22. 4.2014. Zusammengenommen ist es die unvorstellbare Summe von 1747 Mrd. \$ (rund 1330 Mrd. €). Mit einem Bruchteil des Geldes könnte der Klimawandel gestoppt werden.

Arten der Kriegsführung und der Kriegseinwirkung

Deutschland ist heute der drittgrößte Waffenexporteur und spielt schon allein darüber eine wichtige Rolle in der internationalen Politik. Auch hier liegen die Motive auf verschiedenen Ebenen:

- Zuvorderst ist es ein äußerst lukratives Geschäft für die Waffen produzierenden Konzerne (vorneweg die die fünf führenden Großwaffenproduzenten Deutschlands: EADS, Rheinmetall, ThyssenKrupp, Krauss-Maffei-Wegmann, Diehl; aber auch der Kleinwaffenproduzent Heckler und Koch. Besonders komfortabel für die Waffenexporteure ist das Geschäft aufgrund der Hermesbürgschaften, die in solchen Fällen regelmäßig vergeben werden.
- Sodann können damit vor allem dem Imperialismus willfährige Regimes (ganz gleich, ob sie Diktaturen sind oder nicht) unterstützt werden, so etwa seit Jahrzehnten in Kolumbien.
- Drittens kann vor allem mit dem gewaltigen Export von Kleinwaffen der „war of low intensity“ geführt und aufrecht erhalten werden. Das wichtigste Merkmal: Hier werden Kriege gefördert, ohne direkt eigene SoldatInnen einsetzen zu müssen. Dies geht3sat- nicht nur in Kolumbien seit Jahrzehnten so, lange war dies auch in El Salvador, Guatemala und vielen anderen Staaten der Welt so und ist es weiterhin.

Nicht selten wachsen sich diese Kriege „niederer Intensität“ zu offenem und massenhaftem Gemetzel aus. Typisch dafür ist der Stellvertreterkrieg im Kongo, wo die Bewegung M 23 und die offizielle Armee die Kontrolle über den Nordosten des Kongos (DR Kongo, ehemaliges Zaire) erringen wollen. Dort befinden sich die bedeutendsten Koltan-Vorkommen der Welt (Koltan ist ein Erz, aus dem Tantal gewonnen wird und zurzeit für die Herstellung von Handys unersetzlich ist).

Neue Kriegstechnologien (z. B. Drohnen) verändern die Kriegsführung und senken die Schwelle zum Kriegseintritt.

Hermes-Bürgschaften

„Mittels der sogenannten „Hermes-Bürgschaften“ werden Rüstungsgeschäfte deutscher Unternehmen mit den Regierungen anderer Staaten finanziell vom Bund abgesichert. Damit werden verspätete oder schlimmstenfalls nicht erfolgte Zahlungen des Empfängerlandes vom deutschen Steuerzahler aufgefangen. Diese Form monetärer Hilfeleistung stellt eine äußerst konzernkonforme Art der Exportabsicherung für Unternehmen dar, die ihrerseits vom Waffenhandel mit unsicheren Kantonisten profitieren wollen.“ Jürgen Grässlin „Schwarzbuch Waffenexport“, a. a. O. S. 558

Private Söldnerarmeen

Massenhaft zuerst im
mus mit-

Bodentrup-
Krieg aus der
des Regime-
faktisch mit mi-



Irak, später in fast allen Konflikten, in denen der US-Imperialismus (Ukraine usw.) wirken die inoffiziellen Söldnerarmeen (Blackwater, Academi), die formal „privat“ organisiert sind, in Wirklichkeit aber nur verdeckte Hilfstruppen der imperialistischen Regierungen sind und auch von ihnen bezahlt werden. Sie kommen immer dann zum Einsatz, wenn aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung keine pen der offiziellen Armee eingesetzt werden, um den Luft (Bomber, Drohnen usw.) zu ergänzen oder die Politik wechsels unterhalb der Schwelle eines offiziellen Kriegslitäischen Mitteln vorangetrieben werden soll.

„Kleinwaffen“

„Die Massenvernichtungswaffen des 20. und 21. Jahrhunderts sind Handgranaten, Landminen und Mörser, Faustfeuerwaffe, wie Pistolen und Revolver, und allen voran Sturm-, Scharfschützen- und Maschinengewehre – 95 von hundert Opfern gehen auf deren Einsatz zurück.

Dabei muss auch innerhalb der Kleinwaffen ein Waffentyp aufgrund seiner vernichtenden Wirkung negativ hervorgehoben werden: Zwei von drei Menschen, die in kriegerischen Auseinandersetzungen ihr Leben lassen, sterben durch Kugeln aus Gewehren. Gemessen an den Opfern sind Gewehre damit die tödlichsten Waffen der Menschheitsgeschichte.[...]

Mit 15 Millionen in Umlauf befindlichen Exemplaren ist das G 3 [von Heckler & Koch] die Nummer zwei auf dem Weltmarkt – im Einsatz in Händen von Soldaten und Kindersoldaten, Guerillaeinheiten und Terroristen. Die internationale Kampagne Control Arms kommt sogar auf eine Zahl zwischen 15 und 20 Millionen.“ Jürgen Grässlin, a. a. O. S. 410.

Deutschland ist heute der bedeutendste Exporteur von Kleinwaffen. Und da wo die Exportbestimmungen es im Moment aus politischen Gründen etwas schwer machen, ein bestimmtes Regime mit Waffen zu versorgen, werden zur Not ganze Fabrikanlagen exportiert, in aller Regel, ohne dass die Regierung dazu offiziell Stellung nimmt, obwohl sie natürlich über all diese Dinge Bescheid weiß. So was wird dann etwa von der Fritz Werner Industrie-Ausrüstungen GmbH (Geisenheim im hessischen Rheingau) umgesetzt, die schlüsselfertige Produktionsanlagen liefert. Jürgen Grässlin führt in seinem „Schwarzbuch Waffenexport“ Beispiele an. Er schreibt dazu: „Die Folgen der hemmungslosen Lizenzvergabepolitik sind bekannt. Seit mehr als einem halben Jahrhundert sterben Tag für Tag schätzungsweise 114 Menschen durch Kugeln aus G3-Gewehren“ (S. 432).

G 3-Lizenzen wurden vergeben an (kleine Auswahl): Pakistan, Schweden, Norwegen, Iran, Türkei, Saudi-Arabien, Thailand, Brasilien, Griechenland, Mexiko, Myanmar. Vergleichbar mit der Verbreitung des G 3 ist nur noch die Kalaschnikow.

4. Der erste Weltkrieg „fiel nicht vom Himmel“

Der soziale Wandel, die Sozialdemokratie und der I. Weltkrieg

Nach der bisherigen Beschreibung der politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen des in unserer Zeit global agierenden Kapitalismus sollen die Wesensmerkmale dieses Systems noch einmal kurz zusammengefasst werden:

- Das Millionenheer der Hand- und KopfarbeiterInnen, die täglich die materiellen und geistigen Werte der Gesellschaft schaffen, verfügen über keinerlei Kontrolle über die von ihnen geschaffenen Werte.
- Ein weiteres Merkmal des herrschenden Systems ist, dass die gesellschaftlichen Produktionskapazitäten nicht an der Grundversorgung der Bevölkerungsmehrheit, sondern an den „Regeln“ der Marktbeherrschung und der Gewinnmaximierung ausgerichtet sind. Unkontrollierbare Über- und Unterversorgung, Hungersnöte und zerstörte Umwelt sind die Folgen.
- Seit mehr als 100 Jahren sind dem kapitalistischen Expansionsdrang die „eigenen“ staatlichen Territorien und Grenzen zu eng geworden; und dies vor allem aus folgenden Gründen: *Erstens* sind innerhalb der eigenen Grenzen die begehrten Rohstoffe zum Füttern der Fabriken und Maschinen nicht ausreichend vorhanden. *Zweitens* ist der Binnenmarkt längst übersättigt und bietet für die massenhaft hergestellten Waren nicht genügend Absatzmöglichkeiten. Die überaus aktive Präsenz der VertreterInnen, BeraterInnen, HelferInnen aus den fortgeschrittenen Industrieländern in den entlegensten Gegenden und „Krisenregionen“ dieser Welt ist also auf diese Nachfrage zurückzuführen. Es geht um den latent und offen geführten Kampf um Ressourcen und Marktanteile!
- Zu den weiteren Eigenarten des Kapitalismus gehören seine inneren Widersprüche, die er aufgrund seiner Produktionsweise und Herrschaftsform immer neu verursacht und aus denen seine Gegnerinnen und Widersacherinnen hervorgehen. Die Oppositionskräfte empören sich über die systembedingten Ungerechtigkeiten, setzen sich für mehr Lohn, kürzere Arbeitszeiten und ähnliche Forderungen ein. Doch in besonders schwierigen und kritischen Phasen der Kämpfe werden aus ihren Reihen Stimmen laut, die nach Systemänderung und Alternativen rufen.

Weiter unten soll gezeigt werden, wie die im Kapitalismus vorhandenen Widersprüche ausbrechen und zu handfesten Krisen werden, welche Alternativen sich anbieten und wie die herrschenden Kreise darauf reagieren.

Der soziale Wandel in Deutschland

Seit dem Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte die deutsche Gesellschaft tief greifende ökonomische Veränderungen, die im sozialen und politischen Gefüge des Landes ihre Spuren hinterließen.

Der „Flickenteppich“ der deutschen Fürstentümer und Königreiche entpuppte sich als ernsthaftes Hindernis auf dem Weg der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung. Die industrielle Revolution hatte nun auch in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht. Mit der Reichsgründung 1871 wurde die „nationalstaatliche Einigung zu einer unmittelbaren ökonomischen Notwendigkeit“¹².

Die neu geschaffene staatliche Einheit in Deutschland unter preußischer Führung war „keine bürgerliche Demokratie im bürgerlichen Sinn.“ Doch sie war ein Kompromiss, der die Rahmenbedingungen für die kapitalistische Entwicklung den Weg ebnete.

Die alte monarchische Ordnung blieb weiter bestehen, aber sie passte sich zunehmend an, um den Zielen des Großkapitals zu dienen. Der bürgerlichen Klasse wurden Zugeständnisse gemacht – in sehr begrenztem Maße auch der Arbeiterklasse.

In den Jahren kurz vor dem I. Weltkrieg gehörte Deutschland zu den fortgeschrittensten Industrieländern. Mit riesigen elektrotechnischen Werken in Berlin, gigantischen Eisen- und Stahlwerken in Ruhrgebiet, Bergwerken in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet, Werften und Hafenanlagen in Hamburg und Bremen und einer ausgedehnten Textilindustrie in Sachsen war Deutschland die zweitgrößte Industriemacht der Welt (Großbritannien war seinerzeit die ökonomisch und militärisch stärkste Weltmacht).

Verglichen mit der wirtschaftlichen Entwicklung war der soziale Wandel in der deutschen Gesellschaft eher stagnierend und wenig zukunftsorientiert.

Zwischen der Reichsgründung (1871) und dem Kriegsbeginn (1914) setzte sich unter der Herrschaft des preußischen Obrigkeitsstaates eine besondere Form der „kapitalistischen Kultur“ durch, die von allen gesellschaftlichen Kräften Anpassung, Kompromisse und Zugeständnisse verlangte und den Gehorsam entsprechend honorierte. Gerade in diesem Geist wuchs die deutsche Sozialdemokratie, entwickelte sich dabei zu der „größten Arbeiterorganisation der Welt“ und wurde von vielen BeobachterInnen als „Staat im Staat“ bezeichnet.

„Im Sommer 1914 schien Deutschland eine der stabilsten Gesellschaften überhaupt zu sein. Zwei Kräfte wetteiferten um die Unterstützung der Bevölkerung; der preußische Staat und die millionenstarke Sozialdemokratische Partei (SPD) Gelegentlich ging sie aufeinander los, in sorgfältig begrenzten direkten Aktionen. Jedoch keine Seite dachte ernsthaft daran, den stabilen Rahmen umzustoßen [...] Staat und Sozialdemokratie gingen gleichermaßen davon aus, dass sie bis weit in die Zukunft innerhalb dieses Rahmens handeln würden.“¹³

Noch in den 1880er Jahren bezeichnete sich die sozialdemokratische Partei selbst als „revolutionär“ und „ohne Illusionen“ in parlamentarische Mittel. Diese Vorstellungen waren Teil der allgemeinen Prinzipienklärung des von der Partei auf dem Parteitag 1891 in Erfurt angenommenen Programms. Doch dies war die reine Theorie, die auf dem Papier stand und die die tägliche Arbeit der Partei kaum tangierte.

12 Vgl. Streisand, Joachim, Deutsche Geschichte von Anfang bis zur Gegenwart – Eine Marxistische Einführung, 3. überarbeitete Aufl., Pahl - Rugenstein Verl., Köln 1976, S. 187 ff

13 Harman, Chris, Die verlorene Revolution – Deutschland 1918-23, 2. überarbeitete Aufl. 1997, Frankfurt am Main, S.17

„Der Spielraum, den die Partei in der Gesellschaft hatte, beeinflusste die Ansichten der Parteimitglieder. [...]

Jahrzehntelange Arbeit mittels Rechtshilfe, und Versicherungen, mittels Einmischung in die staatlichen Arbeitsvermittlungen, vor allem aber mittels Beteiligung an Wahlen, wirkte sich unweigerlich auf die Mitgliedschaft der Partei aus. Die revolutionäre Theorie des Erfurter Programms wurde für den 1. Mai und Sonntagsreden aufgespart und hatte kaum etwas damit zu tun, was die Partei tatsächlich tat.“¹⁴

So kam es, dass im Deutschen Reich eine rasante industrielle und technologische Entwicklung stattfinden konnte, ohne dass die grundlegende Struktur der Gesellschaft infrage gestellt wurde. Während in Deutschland unter den politischen Akteuren mehr Harmonie als Gegensatz zu verzeichnen war und ein Schein von „sozialem Frieden“ vorgegaukelt werden konnte, sorgen die Erfolge des deutschen Kapitalismus und seine forcierten Auftritte auf der internationalen Bühne bei der „Konkurrenz“ für Unbehagen. Ungeachtet der „inneren Harmonie“ und der „äußeren Spannungen“ hatten aber die „herrschenden Verhältnisse“ in Deutschland ein Stadium erreicht, das den Drang nach „außen“ unvermeidlich machte.

Hier eine kleine Auswahl von „auswärtigen Begegnungen“, die durchaus als Vorstufe des I. Weltkrieges bezeichnet werden können:

- Im November 1897 besetzten deutsche Marineeinheiten Kiautschou. Die chinesische Regierung musste das Hafengebiet auf 99 Jahre an Deutschland „verpachten“.
- Im Sommer 1898 demonstrierte ein deutsches Flottengeschwader vor Manila. – Eine Ankündigung, dass der deutsche Imperialismus mit einer Neuaufteilung bereits erobelter Kolonialgebiete Anteil an der Beute suchte.

Das massive Vordringen Deutschlands mithilfe dieser Kanonenbootpolitik in die „Kolonialgebiete“ hatte zur Folge, dass die alten Kolonialmächte mit neuen Verträgen und Allianzen darauf reagierten.

Die französischen und britischen Kolonialexpansionen im nordöstlichen Afrika waren zwar im Jahre 1898 so heftig zusammengeprallt, dass fast ein Krieg entstanden wäre, doch erfolgte in den folgenden Jahren vor allem vor deutschen Vorstößen eine Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären, die im Jahre 1904 auch vertraglichen Ausdruck fand. England gestand Frankreich den maßgeblichen Einfluss in Marokko zu, wohin vor allem damals Krupp vorzudringen versuchte. Am 31. März 1905 landete Wilhelm II. in Tanger... Aber die Marokko-Konferenz der Großmächte (Januar 1906) zeigte, dass Frankreich nicht mehr isoliert war. Es war in den meisten Fällen der englische Druck, der hier den deutschen Imperialismus zum Rückzug zwang und der zeigte, dass sich die älteren Kolonialmächte gegen ihn zusammengeschlossen hatten. Auch die zweite Marokkokrise endete mit ähnlichen Ergebnissen.

Im Juli 1911 wurde das deutsche Kanonenboot „Panther“ in den südmarokkanischen Hafen Agadir entsandt, von dem aus jene Erzvorkommen erreichbar waren, an denen vor allem die Firma Mannesmann interessiert war, die seit 1908 dort Konzessionen besaß. Wieder aber stellte sich England an die Seite Frankreichs und wieder wurde daher der deutsche Imperialismus zum Rückzug gezwungen. Frankreich erhielt politisch und militärisch freie Hand in Marokko. Das war das Wesentliche, auch wenn die Firma Mannesmann ihre Konzessionen behalten konnte und der deutschen Regierung darüber hinaus der erzwungene Verzicht durch einen – relativ wertlosen – Teil der französischen Besitzungen in Kongo versüßt werden sollt.¹⁵

14 Harman, Chris, a. a. O. S. 21

15 Vgl.: Streisand, Joachim, a. a. O. S. 232 ff.

Die expandierende Wirtschaft Deutschlands forderte Großbritannien nicht nur in Marokko, sondern auch im Nahen Osten heraus, und zwar mit dem Projekt der Bagdad Bahn im Auftrag des osmanischen Reiches. Im ausgehenden 19. Jahrhundert spielte der neue Energieträger Erdöl eine wachsende Rolle. Sein Einsatz steigerte die Energieeffizienz und war zugleich von hoher militärischer Bedeutung.

Die Militärausgaben der sechs größten europäischen Staaten stiegen im Zeitraum von 1908 und 1913 um 50 %. Deutsches Reich, Großbritannien usw. gaben zwischen fünf und 6 % des Volkseinkommens für militärische Zwecke aus. Die Regierungen waren offensichtlich bereit, nicht nur zu rüsten, sondern auch die Neuanschaffungen einzusetzen.

Am Vorabend des I. Weltkrieges bestimmten also die gegensätzlichen Interessen zweier europäischer Mächte den Charakter und den Verlauf der Spannungen in Europa und im Weltmaßstab. Auf der einen Seite sah Deutschland als aufstrebende Macht die bestehende „Weltordnung“ als Hindernis an und wollte sie um jeden Preis umstoßen. Auf der anderen Seite war England mit seinen Verbündeten bemüht, die „Ordnung“ zu schützen.

In einer Atmosphäre internationaler Spannung – ausgelöst durch die Expansionsbestrebungen der deutschen Wirtschaft! – ereignete sich das Attentat auf den österreichischen Thronfolger, der am 28. Juni 1914 in Sarajevo von serbischen Nationalisten erschossen wurde.

Dieses Attentat war nicht die Ursache, sondern allenfalls der Anlass des Ausbruchs des I. Weltkrieges – aber er war der Anlass nicht in dem Sinn, dass er automatisch den Krieg auslösen musste. Die Regierungen in London, Paris und Petersburg waren zunächst daran interessiert, die nun aufbrechenden Widersprüche noch einmal auszugleichen. Das deutsche Reich verfolgte jedoch eine andere Taktik.

„Die Entscheidung darüber, dass der Mord in Sarajevo einen Weltkrieg auslösen würde, lag in Berlin, und fiel auch in Berlin.“ So der Autor Streisand.

Am 28. Juli 1914 erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Russland reagierte darauf mit Mobilmachung. Kaiser Wilhelm II. ordnete am 1. August an, Heer und Marine mobil zumachen, und ließ Russland den Krieg erklären. Deutsche Truppen marschierten am gleichen Tag in das neutrale Luxemburg ein. Zwei Tage später erklärte Deutschland Frankreich den Krieg. Am 4. August begann der Einmarsch in Belgien. Das hatte zur Folge, dass England die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrach. Damit hatte der I. Weltkrieg begonnen.

„Hauptverantwortlich für die Entfesselung des Krieges war der deutsche Imperialismus, war es doch, der die Vorherrschaft in Europa und die Neuaufteilung der Welt anstrebte und deshalb Österreich-Ungarn ermuntert und beauftragt hatte, den Konflikt zuzuspitzen, so dass eine friedliche Lösung unmöglich wurde“.¹⁶

Die Rolle der Sozialdemokratie

Die reformistische Führung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften bezeichnete eben diesen Krieg als „nationalen Verteidigungskrieg“! Unter Fraktionszwang stimmte die Reichstagsfraktion der SPD fast geschlossen für den Krieg. Die Minderheit der aufrechten und revolutionären Sozialistinnen unter Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wirkte wie geschockt und gelähmt. Sie verfügte kaum über organisatorische Strukturen, um ihre Stimme gegen die Parteibürokratie zu erheben. Doch nur wenige Wochen später distanzierte sich Karl Liebknecht öffentlich von der Kriegspolitik der Partei, stimmte als einziges Mitglied der sozialdemokratischen

16 Vgl.: Streisand, Joachim, a. a. O. S.251 ff.

Reichstagsfraktion gegen die Verlängerung der Kriegskredite.

Seine Begründung für die Ablehnung der Kriegskredite, die er in der Fraktion vorgelegt hatte, die aber nicht in das offizielle Programm aufgenommen wurde, ließ er drucken. In hunderttausend Exemplaren wurde sie verteilt. Dort hieß es u. a.:

„Dieser Krieg ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen Volkes entbrannt. Es ist kein deutscher Verteidigungskrieg und kein deutscher Freiheitskrieg. Es ist kein Krieg für höhere `Kultur` – die größten europäischen Staaten der gleichen `Kultur` bekämpfen einander und zwar gerade, weil sie dergleichen d. h. der kapitalistischen `Kultur` sind“¹⁷

Im Klub der europäischen Großmächte war Deutschland ein Neuling mit erheblichem Nachholbedarf. Seine politische und militärische Führung war der Ansicht, diese Diskrepanz sei am schnellsten und effektivsten in einem Waffengang zu beheben. Aber aus dem „Blitzkrieg“, der nach ihren Überlegungen binnen Monate zum „Siegfrieden“ führen sollte, wurde ein verlustreicher Stellungskrieg. (und der Krieg zog sich in die Länge.)

An der Front verwandelten sich die Schützengräben in Massengräber und in der Heimat wurden Millionen von ArbeiterInnen durch Arbeitslosigkeit, Hunger und Seuchen ins Elend gestürzt. Aus der Verelendung wuchs die Unzufriedenheit. Ab Winter 1916/17 bestimmten die Demonstrationen und Protestaktionen der Masse der Hungernden und der Zornigen auf der einen Seite und die Verschärfung der staatlichen Repression auf der anderen Seite zunehmend das Bild der deutschen Großstädte.

„Das Gesetz zum vaterländischen Hilfsdienst vom Dezember 1916 sah die Zwangsverpflichtung männlicher Arbeiter vor. Sie wurden damit an ihren Arbeitgeber gefesselt und der Militärgerichtsbarkeit unterstellt. Konservative und Industrielle begrüßten das Gesetz als ersten Schritt zu einer neuen Militärdiktatur unter den neuen Armeeführern Hindenburg und Ludendorff“.¹⁸

Dieses Gesetz und ähnliche Unterdrückungsmaßnahmen, wie Massenverhaftungen von Tausenden von ArbeiterInnen und ihre Strafversetzung an die Front, vermochten nicht mehr, die Welle der Proteste zu beenden. Ganz im Gegenteil! Je aggressiver staatliche Stellen gegen die ArbeiterInnen vorgehen, umso heftiger setzten sie sich zur Wehr. In den Kriegsjahren nahm die Zahl der Fabrik-Arbeiterinnen rapide zu. Nicht weil der Staat ihr Recht als „vollwertige Arbeitskräfte“ anerkannte, sondern weil immer mehr männliche Arbeitskräfte die „Lücken an der Front“ füllen mussten und Frauen als billigere und rechtlosere Kräfte sie ersetzten.

„Die Millionen Männer, die in die Armee eingezogen waren, wurden in den Fabriken durch Frauen ersetzt. 1916 bestand die industrielle Arbeiterschaft aus 4,3 Millionen Frauen und 4,7 Millionen Männern. Die Regierung sah keinen Grund, die Arbeitspflicht auf Frauen auszudehnen, weil der Hunger sie sowieso zwang, eine Arbeit zu suchen.“¹⁹

Im Jahre 1918 standen Berlin und andere deutsche Großstädte im Zeichen von Massenstreiks der Arbeiterklasse. Die Streiks richteten sich nicht mehr nur gegen Hunger, ungerechte Rationierung der Grundnahrungsmittel und grassierende Massenverelendung. Die Arbeiterinnen und Arbeiter hatten längst den imperialistischen Charakter des Krieges erkannt und forderten dessen Beendigung. Die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung gingen noch einen Schritt weiter. Sie machten die herrschenden Verhältnisse für Krieg und Massenelend verantwortlich: Nur die grund-

17 Vgl.: Swienty, W., /*/, Karl Liebknecht, Rote Hefte 2, o. O., o. J., S. 24 /*/ der Autor ist ein Enkel Wilhelm und ein Neffe Karl Liebknechts

18 Harman, Chris, a. a. O. S 33 ff

19 ibid

sätzliche Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Strukturen (und die Beantwortung der Frage nach der Alternative) könnten Krisen und Kriege vermeiden und einen dauerhaften Frieden und Völkerverbrüderung garantieren.

Die Rebellion der Kieler Matrosen war zweifelsohne ein Lichtblick auf die bevorstehenden Veränderungen. Sie ermutigte Zehntausende von Soldaten, sich den Befehlen ihrer Vorgesetzten zu widersetzen, den Schützengräbern und den Garnisonen den Rücken zu kehren und den Marsch Richtung Heimat anzutreten. Für die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter, die seit längerer Zeit das Bild der deutschen Städte und Industriezentren prägten, bedeutete der Strom der rückkehrenden Soldaten eine großartige Unterstützung.

Die Massenbewegung der Arbeiterklasse fegte im November 1918 die Monarchie hinweg. Der Sturz der Monarchie läutete zugleich neue Kämpfe ein. Dabei ging es um die Beantwortung folgender Fragen: die Errichtung einer bürgerlichen (also kapitalistischen!) repräsentativen Demokratie unter Beibehaltung gegebener Strukturen und Klassenverhältnisse – oder die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung unter unmittelbarer direkter Leitung der arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung? Zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Lager kämpften für ihre Modelle.

Die reformistische Führung der SPD und der Gewerkschaften „versuchten“ Hand in Hand mit den Konzernherren und der Militärführung, „zu retten, was noch zu retten war“. Ihnen gegenüber standen die streikenden Arbeiterinnen, die gemeinsam mit revolutionären Gewerkschaftlern und Sozialistinnen um ihre Ideale und um die teilweise unter „Arbeiterkontrolle“ stehenden Stadtteile, Fabrikgelände und Industrieanlagen kämpften.

Ein genauere Blick auf die zwar kurze, aber geschichtsträchtige und lehrreiche Periode der deutschen Novemberrevolution soll helfen, die Suche nach Beantwortung folgender Fragen zu erleichtern:

- In wessen Interesse und gegen wen waren die „Rettungsversuche“ der Sozialdemokratie gerichtet?
- Welches Modell ging aus der deutschen Arbeiterbewegung hervor und warum lehnten die Theoretikerinnen und Sprecherinnen der Rätebewegung, die als „Rätekommunisten“ in die Geschichte eingingen, den Parlamentarismus ab?

Der Kriegsverlauf brachte ab 1916 immer weniger die Ergebnisse, die sich die deutsche Kriegsführung erwünscht hatte. Die ungünstigen Nachrichten aus der Front und die zunehmenden Unruhen in der deutschen Gesellschaft führten zu einer Verlagerung der Kräfte an der Staatsspitze: Den Militärs wurde mehr Macht zugesprochen, sodass in den letzten Kriegsjahren Deutschland „faktisch von einer Militärdiktatur“ regiert wurde.

Auf die weitere Verschlechterung der Lage und die Aussichtslosigkeit, den Krieg mit einem Sieg zu beenden, reagierte die Staatsführung erneut mit Personalwechsel. Ludendorff, seit August 1916 als Generalquartiermeister in der obersten Heeresleitung praktisch der alleinige Herrscher in Deutschland, wurde im Oktober 1918 abgesetzt. Am 3. Oktober übernahm Prinz Max von Baden das Amt des Reichskanzlers.

„Philipp Scheidemann, Mitglied des Parteivorstands der SPD und Gustav Bauer, zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften [...] traten in die neue Regierung als kaiserliche Staatssekretäre ein“.²⁰

Die lange Zeit der Verständigung und des Entgegenkommens trug nun ihre Früchte. Die Sozialdemokratie schüttelte die „halbherzigen Lippenbekenntnisse für die Arbeiter und Bauern“ end-

²⁰ Vgl.: Streisand, Joachim, a. a. O. S. 276

gültig und definitiv ab und setzte sich mit aller Konsequenz dafür ein, das Reich zu „parlamentarisieren“. Dieses Vorhaben erforderte eine noch engere Zusammenarbeit der Kräfte, die auf der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Führungsebene das Sagen hatten. Die Umwandlung Deutschlands aus einer konstitutionellen in eine parlamentarische Demokratie war jedoch eine „taktische Konzession“.

„Die Parlamentarisierung sollte den Einfluss der demokratischen Kräfte nicht verstärken, sondern gerade einschränken, und sie sollte die politischen Machtverhältnisse in Deutschland erhalten“.²¹

Ähnliche „Annäherungsversuche“ waren zur gleichen Zeit zwischen der Spitze der deutschen Industrie und der Führung der Gewerkschaften im Gange, die die „Gefahr der Veränderung“ (!) abwehren und „gemeinsame Werte“ bewahren sollten.

„...Eine Tagung der führenden Monopolherren, die im Stahlhof zu Düsseldorf 1918 veranstaltet wurde, kam zu der Erkenntnis, man müsse > das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren. > Für diese Hauptaufgabe gab es nun einen Ausweg: > Inmitten der großen Unsicherheit, angesichts der wankenden Macht des Staates und der Regierung gibt es für die Industrie nur auf der Seite der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften < ...“²²

21 Vgl.: Streisand, Joachim, a. a. O. S. 277

22 Vgl.: Streisand, Joachim, a. a. O. S 277

5. Der Rätegedanke

Während seitens der reformistischen Führungen der sozialdemokratischen Partei(en) und Gewerkschaft(en) in der Vor- und Nachkriegszeit das eindeutige Engagement zu erkennen ist, den Parlamentarismus als modernes und geeignetes Mittel zur Durchsetzung scheinbar gerechterer Strukturen zu etablieren,

gab es im gleichen Zeitraum in den Reihen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung neue Kräfte – genannt Rätekommunisten –, die plausibel und nachvollziehbar argumentierten: Bürgerliche Parlamente seien aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung historisch überholt, deshalb kein geeignetes Modernisierungsinstrument im Sinne der Verbesserung Lebensgrundlage der



der arbeitenden Bevölkerung und deshalb längst zu Brutstätten des kleinbürgerlichen Karrierismus und der korrumpierenden Lobby-Aktivitäten verkommen. Der holländische Linkssozialist Anton Pannekoek und ein der exponierten Sprecher der Rätekommunisten formulierte die Ablehnung so:

„Der Parlamentarismus beruht auf dem Individuum in seiner Qualität als Staatsbürger. Historisch hatte das seine Berechtigung, da ursprünglich die bürgerliche Gesellschaft sich zusammensetzte aus einander gleichen Einzelproduzenten, die jeder für sich ihre Waren produzieren und durch die Gesamtheit ihrer kleinen Geschäfte den ganzen Produktionsprozess bildeten. Aber in der modernen Gesellschaft mit ihren Riesenbetrieben und Klassengegensätzen wird diese Grundlage immer unzeitgemäßer.“²³

Die „unzeitgemäße Grundlage“ schafft eine demokratiefeindliche Arbeitsatmosphäre, in der die Interessen des Volkes nicht zur Geltung kommen und der Korruption und der Lobbyarbeit Tür und Tor geöffnet werden. Über den Zustand der parlamentarischen Arbeit und ihre Demokratieunfähigkeit ist aus den Federn der Rätekommunisten zu erfahren:

„Die Vertreter der Parteien suchen im Parlament möglichst viel aus der Gesetzgebung für ihre Auftraggeber, ihre Interessengruppen, ihre „Firma“ herauszuholen. Sie stehen auch in ständiger

²³ Vgl.: Azzellini, Dario / Ness, Immanuel (Hrsg.), „Die endlich entdeckte politische Form“, Neuer ISP Verlag Köln. 2011, S.94

Führung mit ihren Industrieellenverbänden, Unternehmervereinigungen, Kartellen. [...] Sie sind die Unterhändler, die Delegierten und das Geschäft wird gemacht durch Reden, Feilschen, Schachern, Verhandlungen, Überlisten, Abstimmungsmanöver, Kompromisse. Die parlamentarische Hauptarbeit wird auch denn nicht in den großen Parlamentsverhandlungen, die nur eine Schaustellung sind, sondern in Kommissionen geleistet, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne die Maske der konventionellen Lüge tage...

Während die Bedeutung des Parlamentarismus einerseits das Übergewicht der Führer über die Massen stärkt, also konterrevolutionär wirkt, hat sie andererseits die Tendenz, diese Führer selbst zu verderben. Wenn persönliche Geschicklichkeit ersetzen muss was aktiver Massenkraft fehlt, tritt eine kleinliche Diplomatie auf: Die Partei, mag sie mit anderen Absichten hineingegangen sein, muss sich einen legalen Boden, eine parlamentarische Machtstellung suchen; so wird schließlich das Verhältnis zwischen Zweck und Mittel umgekehrt²⁴.

So viel dazu, wie die Rätekommunisten die „parlamentarische Arbeit beurteilten“.

Der demokratieunfähige Parlamentarismus heute

Nun sind 100 Jahre vergangen. Deshalb stellt sich berechnigte Frage: Geht es heute in den Parlamenten ähnlich zu wie damals? Hat sich die Situation im Sinne von mehr Demokratie und Transparenz verbessert? Oder steht der Korruptionsverdacht nach wie vor im Raum?

In den letzten Monaten von 2014 und den ersten Wochen von 2015 hatten sich Teile der offiziellen Medien aus konkretem Anlass mit der Parlamentsarbeit und deren Verknüpfung mit der Wirtschaft zu beschäftigen. Hier eine Kostprobe dessen, was darüber öffentlich bekannt wurde:

- Im Frühjahr 2015 konnte die deutsche Öffentlichkeit erfahren, dass die bisherige parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium und Abgeordnete aus Brandenburg ab 1. September als Hauptgeschäftsführerin beim Verband Kommunalen Unternehmen (VKU) anfangen soll und dass dieser Fall in einer Reihe von „Seitenwechslern“ stand (Spiegel online 03.02.15 u. Süddeutsche Zeitung 03.02.15). Der Verband Kommunalen Unternehmen vertritt 1430 Unternehmer der Energieversorgung, der Wasser- und Abwasserwirtschaft sowie der Abfallwirtschaft. Im Jahre 2013 hat VKU 110 Milliarden € erwirtschaftet.
- In einem Beitrag mit dem Titel „Macht, Millionen und Meinungsmacht“ befasst sich die SZ am 17.05.2014 mit „Lobbyismus in der EU“. U. a. war da zu lesen: „In Brüssel regiert die Bürokratie. Das denken die Menschen. Aber im Hintergrund regieren noch andere: Brüssel ist mit 8000 gemeldeten Organisationen nach Washington der weltweit zweitgrößte Lobbyplatz ...“
- Und am 15.01.15 schreibt die SZ unter dem Titel „So verschaffen die Fraktionen Lobbyisten Zugang zum Bundestag“ u. a.: „Die parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen können ihren Lieblingslobbyisten per Empfehlung fast unbegrenzten Zugang in den Bundestag ermöglichen. Linke und Grüne haben offen gelegt, wem sie dieses Privileg zukommen lassen. Union und die SPD verweigern dazu die Auskunft. Abgeordnetenwatch.de hat jetzt die Bundestagsverwaltung auf Herausgabe der Daten verklagt [...] SPD will sie nicht nennen, ... die Union auch nicht ... So werden die beiden ersten parlamentarischen Geschäftsführer (PGF) ihrer Fraktionen die Namen jener Lobbyorganisationen weiter im Geheimen lasse, die auf ihren ausdrückli-

24 Vgl: Bock, H.- M., a. a. Or. S. 103/131

chen Wunsch Hausausweise bekommen haben ... Diese Hausausweise sind praktisch. Wer damit einmal eine Pforte des Bundestages passiert hat, kann sich im Bundestag und den über unterirdische Gänge angeschlossenen Gebäuden und Ausschuss-Sälen weitgehend frei bewegen. Der kann den Abgeordneten...oder den Abgeordneten Y...zufällig treffen und so persönlich auf Linie bringen. Mit Hausausweis kein Problem...Grundvoraussetzung für einen Hausausweis für einen Lobbyisten ist eigentlich, dass sich deren Verbände auf der Lobbyliste des Bundestages haben eintragen lassen. Das sind nach aktuellem Stand vom Dezember [2014] des letzten Jahres 2221 Organisation ...Allerdings legt ein Bericht von Abgeordnetenwatch.de nahe, dass Lobbyvertreter diese Liste mit dem Weg über PGF umgehen können, ihre Namen also grundsätzlich im Dunkeln bleiben. Ob das stimmt, ließ sich über die Pressestelle des Bundestages nicht klären. Diese war in den vergangenen zwei Tagen nicht in der Lage, eine überschaubare Liste mit sieben Fragen nach den Regeln für Hausausweise zu beantworten ...“

Soweit der Zeitungsbericht!

Die politische Alternative

Angesichts der Korruptionsvorwürfe gegen die Parlamente und den Parlamentarismus damals und der offensichtlich eng miteinander verflochtenen Lobby- und Parlamentsarbeit heute stellt sich die Frage: Ist die „repräsentative parlamentarische Demokratie“ immer noch zeitgemäß und in der Lage, den politischen und wirtschaftlichen Interessen der Mehrheit der Gesellschaft in unserer Zeit gerecht zu werden? Oder ist sie historisch überholt, muss überwunden und durch ein neues und gerechtes System ersetzt werden? Bevor wir den Versuch einer Antwort anhand eines konkreten Beispiels zur „Analyse der herrschenden Verhältnisse“ unternehmen, werfen wir zunächst noch einen kurzen Blick auf die letzte Phase der verlorenen deutschen November-Revolution:

Das heute in Deutschland herrschende politische System des Parlamentarismus (repräsentative Demokratie) musste sich in seinen Anfängen gegen erheblichen Widerstand durchsetzen. Wie bereits erwähnt, standen unmittelbar nach dem Ende des I. Weltkrieges zwei politische Modelle gegenüber. Teile der wichtigsten Fabrikanlagen, der Industrieregionen und der Großstädte wurden von der Rätebewegung (direkte Demokratie) kontrolliert. Die Rätekommunisten vertraten den Standpunkt, nur die gemeinsame Kontrolle der Politik und der Wirtschaft durch die Mehrheit der Produzierenden und der Konsumierenden könne Krisen und Kriege verhindern, denn die schönste politische Freiheit ohne die demokratische Kontrolle der Wirtschaft taue nichts! Diese Meinung teilten die Verfechter und Vertreter der „repräsentativen Demokratie“ nicht und gingen gegen sie mit allen Mitteln vor. In einem regelrechten militärischen Feldzug von 1919 bis 1923 gelang es der sozialdemokratischen Regierung gemeinsam mit den kaiserlichen Generälen und einer speziell zu diesem Zweck zusammengestellten Truppe („Freikorps“), die Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin, Hamburg, Bremen, Ruhrgebiet, Sachsen usw. zu zerschlagen und die rebellierenden ArbeiterInnen zu „zähmen“.

„In der Armee gab es Schichten, die sich von der Revolution überhaupt nicht angezogen fühlten. Da gab es Zehntausende Offiziere, die sich mit der herrschenden Klasse identifizierten und von der Demobilisierung nichts zu gewinnen hatten. Daneben gab es einige privilegierte Eliteeinheiten – Sturmtruppen genannt. [...] Die sozialdemokratische Regierung stimmte zu, dass einer der kaiserlichen Generäle, Maercker, eine hoch bezahlte Söldnertruppe aus diesen Offi-

zieren und Sturmtruppen aufbauen sollte, die Freikorps [...]

Der Marsch der Freikorps durch Deutschland zerstörte die einst mächtigen Arbeiter- und Soldatenräte. Die Macht der Räte – besonders der bewaffneten Soldatenräte und linker Sicherheitswehren – wurde wieder durch den alten Staatsapparat des Deutschen Kaiserreichs ersetzt, der aus den alten Bürokraten, Offizieren, Richtern und Polizeipräsidenten bestand. Im Großen und Ganzen hatten sie die gleichen politischen Auffassungen wie die Mitglieder der Freikorps. [...] Wie die Mannschaften der Freikorps sollten sie schließlich begeisterte Unterstützer der Nazis werden. Doch für den Augenblick fühlte sich die Bourgeoisie noch nicht sicher genug, um der extremen Rechte zu erlauben, sich in den Mittelpunkt der politischen Bühne zu stellen: Die Führer der Sozialdemokratie wurden noch gebraucht.

Wie es Stresemann, der Führer der rechten Partei des Großkapitals, der Deutschen Volkspartei, formulierte: In den nächsten zwei bis drei Jahren scheint mir eine Regierung ohne die Sozialdemokraten ziemlich unmöglich, anderenfalls taumeln wir von Generalstreiks zu Generalstreiks“.²⁵

Der politisch-militärische Sieg ermöglichte es der Regierung, der Rätebewegung auch im Bereich der Verwaltung und der Gesetzgebung den revolutionären Geist zu nehmen und sie „klassenkonform“ zu machen. In der Anfangsphase der Erhebung gelang es der deutschen Arbeiterbewegung, Forderungen wie Selbstverwaltung und Betriebskontrolle weitgehend durchzusetzen. Nun war die Regierung in der Lage, sie wieder soweit zurück zuschrauben, dass sie die Interessen der Besitzenden nicht mehr gefährden konnten. Als Folge der Niederlage wurde die Rätebewegung zu einer Betriebsrätebewegung!

„Ließ der Artikel 165 der Weimarer Verfassung noch Raum für weitgehende Kontrolle der Arbeiter, so bedeutete das neue Betriebsrätegesetz im Jahre 1920 eine entscheidende Niederlage der Rätebewegung. Die Betriebsräte wurden zu reinen Arbeiterausschüssen degradiert, eine Kontrolle der Unternehmensleitung oder Mitspracherechte in der Produktion hatten sie nicht. Die Betriebsräte wurden zu dem, was sie in der Bundesrepublik heute noch sind: Interessenvertretungen der Arbeitenden gegenüber dem Unternehmer, der allerdings grundsätzlich Herr im Hause ist und sowohl über Produktionsmittel als auch über Unternehmensgewinne allein entscheiden kann.“²⁶

Trotz Niederlage sind aus der Rätebewegung politische Erfahrungen und theoretische Kenntnisse hervorgegangen, die für die Weiterentwicklung des gegenwärtigen und zukünftigen Gesellschaftslebens von elementarer Bedeutung sind.

Räte sind eine besondere Organisationsform, die aus dem „kapitalistischen Arbeitsprozess“ hervorgeht. Das Zusammengehörigkeitsgefühl, das durch gemeinsames Produzieren und Schaffen von materiellen und geistigen Werten entsteht, dient als Grundlage des gemeinsamen Handels. Die Wurzeln der Räte liegen zwar im „normalen“ Betriebsalltag, doch erst in Krisenzeiten erweisen sie sich als effektives Willensorgan der Beschäftigten, das ihnen im Laufe der Zeit und als Folge ihres gemeinsamen Auftretens die Zuversicht und das Selbstvertrauen verleiht, sich geschlossen gegen die Übergriffe des „Arbeitgebers“ und des Staates zur Wehr zu setzen.

Ableitend aus ihrer kritischen Haltung den bürgerlichen Parlamenten gegenüber halten die Denkerinnen und Theoretikerinnen der Rätebewegung die in dem kapitalistischen System gängigen Wahlformen nicht mehr zeitgemäß und deshalb nicht geeignet, den Willen der Bevölkerungsmehrheit

²⁵ Vgl.: Harman, Chris, a. a. O. S. 76 ff.

²⁶ Azzellini / Ness (Hrsg.) a. a. O. S. 123

zum Ausdruck zu bringen.

Um diese Ablehnung zu begründen, weist Pannekoek auf folgende Argumente hin:

„Die parlamentarische Auffassung sieht in jeden Menschen in erster Linie den Staatsbürger und als solche sind sie einander gleiche abstrakte Individuen. Aber der wirkliche konkrete Mensch ist ein Arbeiter; seine Tätigkeit ist der praktische Inhalt seines Lebens, und die Tätigkeiten aller ergänzen einander zum gesellschaftlichen Arbeitsprozess. [...] Um die Menschen zusammenzufassen, teilt die politisch-parlamentarische Praxis den Staat in Wahlkreise, aber die in einem Kreis zusammengefassten Menschen, Arbeiter, Rentier, Krämer, Fabrikanten, Großgrundbesitzer, aus allen Klassen und Berufen nach dem zufälligen Wohnort zusammengewürfelt, können gar nicht von einem delegierten ihr gemeinsames Interesse und ihren gemeinsamen Willen vertreten lassen. [...] Die natürlichen Gruppen zusammengehöriger Menschen sind Produktionsgruppen, die Arbeiter einer Fabrik, einer Branche, die Bauern eines Dorfes“.²⁷

Das Wahlsystem der Rätebewegung – der direkten Demokratie – wird durch weitere wesentliche Komponenten ergänzt, die im parlamentarischen Wahlsystem nicht zu finden sind; die Delegierten sind abwählbar, sie sind rechenschaftspflichtig und werden nicht gesondert bezahlt.

„Diese, anders als deren `repräsentativer` Typus, wie er aus den konventionellen politischen und gewerkschaftlichen Wahlprozessen bekannt ist, ist eine Form der demokratischen Entscheidungsfindung, die auf dem direkten Weg den Willen der Mehrheit Ausdruck verleiht, der von den Delegierten, deren Basis die Arbeitsplätze sind, ausgedrückt wird, die unmittelbar zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn sie es versäumen, sich an die Beschlüsse der Belegschaft zu halten.“²⁸

Außerdem weist die Rätebewegung auf einen weiteren zentralen Mangel des Kapitalismus hin nämlich die fehlende demokratische Kontrolle der Wirtschaft, was nach Ansicht der revolutionären Arbeiterbewegung innerhalb der herrschenden Verhältnisse nicht korrigierbar ist.

Die systemimmanente Überproduktion der Konsumgüter, die Überstrapazierung der Naturressourcen und die kaum noch aufhaltbare Naturzerstörung sind Folgeerscheinungen des herrschenden Systems, die mit zyklischer Zwangsläufigkeit zu Krisen und Kriegen führen.

Die bisherigen Ausführungen sollten klarstellen: Die Geschichte des Kapitalismus ist zugleich die Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen den System erhaltenden (durch Parlamente) und den System verändernden (durch Räte) Kräften.

Das erklärte Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung ist es, die repräsentative Demokratie durch die direkte Demokratie zu ersetzen. Denn nur dadurch ist die Trennung zwischen der Politik und der Wirtschaft zu überwinden, d. h. die Wirtschaft aus dem „Besitz“ einiger weniger „Auserwählten“ herauszunehmen und sie unter die demokratische Planung und Leitung der produzierenden und konsumierenden Mehrheit zu stellen.

Mit einem abschließenden Zitat aus dem Beitrag „Für eine demokratisch geplante Wirtschaft“ in der Zeitschrift „Internationale Theorie“ (Heft 36) soll auf die Grundzüge eines Wirtschaftssystems hingewiesen werden, das nicht zum Zweck der Gewinnmaximierung, sondern zur Erfüllung der gesellschaftlichen Bedürfnisse aufgebaut ist.

„Wenn der Kapitalismus nur über den Markt, also nur ex post, reagieren kann, dann hat die demokratisch geplante Wirtschaftsorganisation aufgrund der vorher (ex ante) gemeinsam festgelegten Produktionsziele und Verteilungsmodalitäten unvergleichliche Vorteile:

27 Siehe: Azzellini / Ness (Hrsg.) a. a. O. S.95

28 Vgl. Azzellini / Ness (Hrsg.) a. a. O. S. 53 ff.

- Zunächst lassen sich über die Erfassung der Bedürfnisse die notwendigen Planziele bestimmen. Dass sich aus der Addition der Einzelinformationen nicht automatisch ein Plan ergibt, versteht sich von selbst. Es müssen verschiedene Varianten einer möglichen Planfestlegung ausgearbeitet und demokratisch entschieden werden (Näheres dazu weiter unten).
- Die gemeinsam erfassten Bedürfnisse und die daraus abgeleiteten Produktionsziele ermöglichen nicht nur eine unvergleichlich bessere Bedürfnisbefriedigung, es verhindert auch die dem Kapitalismus so typische Verschwendung. Das betrifft nicht nur die Produktion unverkäuflicher Waren und den Aufbau riesiger, nicht genutzter Fabrikanlagen oder Bauruinen (beispielsweise sind in den Jahren 2007 – 2010 in den USA, Irland und Spanien gewaltige Immobilienkrisen aufgetreten). Das betrifft auch solche Sektoren wie Werbung, Rüstungsproduktion, parallele Entwicklung und Verausgabung immenser Forschungs- und Entwicklungskosten (FuE) usw. Dadurch, dass eine geplante Wirtschaft keine Überkapazitäten produziert, kommt es dort auch nicht zu Wirtschaftskrisen.
- Ressourcen können von der gesamten Gesellschaft so schonend eingesetzt werden (und die Nutzung von Alternativen gemeinsam entschieden werden), dass etwa der Peak Oil oder der Klimawandel keine unlösbaren Probleme bereiten müssen.
- Die im Kapitalismus typische Fertigung von Wegwerfprodukten und von Ersatzteilen jeweils nur für eine bestimmte Marke könnte umstandslos entfallen. Eine durchgehende Normung von Ersatzteilen (Austauschbarkeit) ist eine der Grundprinzipien, die eine geplante Wirtschaft ohne Schwierigkeit umsetzen könnte, die aber dem Prinzip der Kapitalverwertung widerspricht.
- Schließlich und ganz und gar nicht als Allerletztes: Kriege wird es nicht mehr geben, weil weder Kapitalinteressen noch vom Kapital geschürter Rassismus oder vergleichbare Motive die Menschen zu dieser Widersinnigkeit treiben können: Kapital wird es keins mehr geben, Waffen (zumindest schon mal die Kriegswaffen) werden abgeschafft und die Menschen haben dann Besseres zu tun, als sich gegenseitig umzubringen.“²⁹

Rojava – Ein Modell

Es mag sein, dass auf den ersten Blick ein Hinweis auf die Ereignisse des so genannten „arabischen Frühlings“ im Zusammenhang der Thematik dieses Abschnitts unseres Textes als nicht besonders geeignet erscheint. Denn die Ziele von politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, für die zu Beginn des Jahres 2011 Millionen Menschen in der Region auf die Straße gingen, wurden unter dem Druck des islamistischen Terrors gepaart mit den Intrigen und Störaktionen der reaktionären Regierungen der Region wie Türkei, Saudi Arabien und Iran (so z. B. in Syrien), der Gegenmaßnahmen der korrupten staatlichen Eliten (so z. B. in Ägypten) und der imperialistischen Militärinterventionen (so z.B. in Libyen) vereitelt und im Keim erstickt.

Trotzdem sind aus den Trümmern des Terrors, der Bürgerkriege und des mörderischen imperialistischen Hegemonialkriegs Lichtsignale zu empfangen, die hoffnungsvoll stimmen.

29 „Für eine demokratische geplante Wirtschaft“ in: Internationale Theorie, Heft 36. Hrsg.: RSB / IV. Internationale, Duisburg, 2. Aufl. 2012

Nicht nur der heldenhafte Kampf der Kurdinnen und Kurden der Stadt Kobânê an der türkisch-syrischen Grenze verdient Hochachtung und Bewunderung. In der syrischen Kurdenregion Rojava ist seit 2012 ein „soziales Experiment“ im Gange, das vollkommen unabhängig von seinem Ausgang jetzt schon historische und internationale Bedeutung erlangt hat. Die Menschen sind dabei, den von reaktionären Überlieferungen und Traditionen „vorgeschriebenen“ Benachteiligung der Frau und der Geschlechterspaltung trotzend und ungeachtet der von dem Kolonialismus aufgezwungenen und dem Imperialismus aufgebauchten „ethnischen und kulturellen Unterschiede“, sich erfolgreich gegen den islamistischen Terror sowie fremde Einmischung zu wehren und ein Leben frei von nationalen, gesellschaftlichen und kulturellen Trennungslinien aufzubauen.

Immer wieder in der Geschichte entstehen in den Kämpfen der Verdammten dieser Erde Formen von Räte­demokratie.

Aktuell ist der weitest fortgeschrittene Versuch in Rojava in Südwestkurdistan zu finden, einem Gebiet mit einer großen kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt: Kurden, Araber, Turkmenen und Armenier leben hier friedlich zusammen und praktizieren ihre unterschiedlichen Glauben.

In Rojava wird das Experiment einer direkten kommunalen Demokratie erprobt. Es wird versucht die alte, von Überwachen und Strafen geprägte Kultur der Gewalt durch basisdemokratische Strukturen unter Einbeziehung aller ethnischen und religiösen Minderheiten zu ersetzen.

Die patriarchatsdominierte Clanstruktur soll u.a. aufgebrochen werden durch die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in allen politischen und sozialen Organen. (Vgl. Elke Dangeleit 12.10.2014 Telepolis, <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43031/1.html>)

„Von Kobânê aus nahm die Selbstbefreiung Rojavas vom Baath-Regime, das durch die Massenproteste in Folge des arabischen Frühlings und die Bürgerkriegssituation geschwächt war, mit einem Volksaufstand in der Nacht auf den 19. Juli 2012 ihren Anfang. Unter Anleitung der Partei der Demokratischen Union (PYD), einer Schwesterpartei der in der Türkei aktiven Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), wurde mit dem Aufbau einer auf multiethnischen und multireligiösen Volksräten beruhenden Selbstverwaltung begonnen.

Am 6. Januar 2014 wurde ein Gesellschaftsvertrag für Rojava in Qamislo verabschiedet und am 18. Januar 2014 die demokratische autonome Selbstverwaltung ausgerufen. Im Mittelpunkt des Gesellschaftssystems steht die Kommune, analog zum Schweizer kantonalen Modell.

Die Beschlüsse der Kommunen sind quotiert, das bedeutet, dass zur Entscheidungsfähigkeit, wie in allen Räten in Rojava, mindestens 40% Frauen an der Diskussion beteiligt sein müssen. Hier wer-



**KOBANÊ ROJAVA KURDISTAN
DEMOKRATISCHE AUTONOMIE VERTEIDIGEN!**

den die aktuellen Notwendigkeiten der Verwaltung, Strom- und Lebensmittelversorgung, aber auch gesellschaftliche Probleme, wie patriarchale Gewalt, Familienstreit [...] diskutiert und wenn möglich gelöst. Die Kommunen haben Kommissionen, die sich mit allen gesellschaftlichen Fragen befassen. Dabei geht es von der Organisation der Verteidigung, der Justiz bis hin zur Ökonomie und dem Aufbau von eigenen Kooperativen, die von der Kommune getragen werden. Das können Bäckereien, Nähereien oder aber auch landwirtschaftliche Projekte sein. Ökologiekommissionen kümmern sich um die Sauberkeit der Stadt und [die] ökologische Problematik.“ (<http://www.heise.de/tp/artikel/43/43031/2.html>)

Ein neues Gesundheitssystem mit Gesundheitszentren wurde aufgebaut und ein Bildungssystem ist im Entstehen, wo neben Arabisch auch Kurdisch und Aramäisch gelehrt wird. Die 1. Kurdische Universität wurde im August 2014 in Qamislo eröffnet, ökologischer Landbau wurde eingeführt. (Vgl. Elke Dangeleit a.a.O.)

Das Gesellschaftsmodell orientiert sich an Vorstellungen des "Demokratischen Konföderalismus". des entführten und inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan.

„Die demokratische Selbstverwaltung in Kobânê brach mit dem wie ein Zwangskorsett über das Bevölkerungsmosaik des Mittleren Ostens gelegten europäischen Prinzip monolithischer Nationalstaaten ebenso wie mit dem 100jährigen Prinzip von «Spalte und herrsche», dessen Nutznießer stets die Großmächte und ihre lokalen Vasallen waren. «Dieses demokratische Modell ist nicht nur Modell für Syrien, sondern für alle Menschen in der Region», meint der Vorsitzende Salih Muslim. «Bei uns verteidigen Muslime Kirchen, sie verteidigen Jesiden, Andersgläubige. Das gab es im Nahen Osten noch nie. In Rojava findet ein Mentalitätenwechsel statt, eine Demokratisierung. Davor fürchten sich viele. Auch davor, dass wir Frauenrechte stärken.».³⁰

Wen wundert es, wenn dieses Gesellschaftsmodell von den umgebenden Mächten nur mit Misstrauen betrachtet wird. Denn nichts wird weniger gewollt, als dass dieses Modell auf andere Gebiete des Nahen Ostens übergreift. Und genau das ist es, was für das Überleben dieses Modells lebensnotwendig ist.

Auf die Dauer wäre dies allerdings nur durch die Überwindung unserer eigenen Ohnmacht und den Aufbau einer sozialistischen Demokratie möglich: durch die Überführung des Eigentums an den Produktionsmitteln in die Hände der abhängig Beschäftigten, durch die kollektive Aneignung der Produktionsstätten und Maschinen verbunden mit einer demokratischen Planung der Produktion durch die Produzenten in einer nennenswerten Anzahl von Industriestaaten.

Wiesbaden, Juli 2015

30 Vgl. Nick Brauns SOZ 11/2014, Rojava – ein Modell

Literatur

1. Azzellini, Dario / Ness, Immanuel (Hrsg.), „Die endlich entdeckte politische Form“, Neuer ISP Verlag, Köln/Karlsruhe, 2012
2. Bock, Hans Manfred, Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch, Edition Suhrkamp 645, Frankfurt am Main, 1976
3. Coordination gegen Bayer-Gefahren, Stichwort Bayer 1, 2013, Beilage Ticker, S. 5; <http://www.cb-gnetwork.org/>
4. Dubois, Wilfried: Ökosozialistische Flugschriften Nr. 14, Frankfurt/M, 2014
5. „Für ein demokratisch geplante Wirtschaft“ in: Internationale Theorie H. 36, Hrsg.: Hrsg.: RSB/IV Internationale, 2. Aufl. 2012
6. Greenpeace-Magazin 5, 2014, „Das globale Huhn“, S. 46-56
7. Harman, Chris, Die verlorene Revolution – Deutschland 1918 – 23, edition aurora, 1982, Deutsche Ausgabe: Verein für Geschichte und Zeitgeschichte der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main, 1998
8. Schumann, Harald: Die Hungermacher – Wie Deutsche Bank, Allianz und Co. auf Kosten der Ärmsten mit Lebensmitteln spekulieren. Fischer, 2013, 192 S, 9,99 Euro (in Greenpeace-Magazin 3, 2013, 15).
9. Streisand, Joachim, Deutsche Geschichte von Anfang bis zur Gegenwart – Eine Marxistische Einführung, Pahl-Rugenstein, 3. Aufl. 1976
10. Swienty, W., Karl Liebknecht, Rote Hefte 2, o. O. o. J.
11. Enzo Traverso: Moderne und Gewalt. Eine Genealogie des Nazi-Terrors, Köln (Neuer isp-Verlag), 2003
12. Taut, Jakob/ Warschawsky, Michel: Aufstieg und Niedergang des Zionismus, Frankfurt (isp-Verlag), 1982
13. Ernest Mandel: Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt (edition suhrkamp 595), 1972
14. Internet – Kurdistan – Solidarität: <http://civaka-azad.org>
15. afrika- süd -<http://www.afrika-sued.org>

Bildquellen

- S. 5: indymedia.org
S. 10: UAWC/ Palästina
S. 22: privat
S. 25: Stopthewall.org
S. 34: wikirouge.net
S. 40: Kobane solidarity



Arbeitskreis Internationalismus Rhein-Main (www.aki-rm.de)

c/o Infoladen Linker Projekte, Blücherstr. 46, 65195 Wiesbaden.

V. i. S. d. P. H.-U. Hill, 65197 Wiesbaden

Über Kritik, Anregungen, Fragen und Kontaktaufnahme freuen wir uns!

Selbstverständniserklärung

Einzelpersonen und Vertreter verschiedener Organisationen haben 2009 in Wiesbaden den **Arbeitskreis Internationalismus Rhein-Main** gegründet.

Dieser Arbeitskreis setzt sich mit bestimmten politischen Themen auseinander, um die sozialen, emanzipatorischen Kämpfe der Menschen weltweit zu verstehen und durch entsprechende Aktionen zu unterstützen. Ein zentrales Anliegen dabei ist, auf das Gemeinsame des Kampfes aufmerksam zu machen und zu zeigen, dass er gegen globale Ausbeutung und Umweltzerstörung international und koordiniert zu führen ist. Angesichts der bestehenden Verhältnisse ist der AKI der Ansicht, dass die lokal oder national orientierten Aktivitäten völlig unzureichend sind. Vielmehr sind im Zeitalter des globalen Neoliberalismus die politischen Analysen und Kämpfe so zu gestalten und zu führen, dass die internationale Verbundenheit aller Menschen sichtbar wird.

Es sei ausdrücklich hinzugefügt, dass neben politischen Erwägungen ein Gerechtigkeitsempfinden und das Mitgefühl mit den Opfern der weltweiten Unterdrückung uns zur Gründung dieses Arbeitskreises bewegt haben.

Um dieses Anliegen verwirklichen zu können, werden folgende Themenbereiche bearbeitet, die in diesem Zusammenhang bedeutend sind, um die globalen Wirkungen der herrschenden ökonomischen Verhältnisse zu verdeutlichen:

- Interventionspolitik der Großmächte
- Analyse der Widerstandsbewegungen
- Umweltzerstörung
- Migration, Rassismus, Flucht und ihre Ursachen
- Die Rolle der Religion in den politischen Auseinandersetzungen

Hierüber will der Arbeitskreis diskutieren und die Ergebnisse mittels Informationsveranstaltungen und Publikationen bekannt machen. Ziel ist es, zur Organisierung internationaler Solidarität beizutragen.

Interessierte werden zu aktiver Mitarbeit aufgerufen.

Wiesbaden, im August 2015
www.aki-rm.de

